

**5. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 28. März 2019,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.00 Uhr**

Anwesend sind: 39 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Reto Grolimund, 3. Urs Knapp, 4. David Plüss, 5. Daniel Probst,
6. Simone Sager, 7. Deny Sonderegger, 8. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Eugen Kiener, 4. Andrea Leonhardt Mohr
(ab 19.30 Uhr), 5. Huguette Meyer Derungs, 6. Dr. Rudolf Moor, 7. Luc Nünlist,
8. Dr. Arnold Uebelhart, 9. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Beat Felber, 3. Dr. Christoph Fink (ab 19.15 Uhr), 4. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Beatrice Schaffner

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Michael Neuenschwander, 3. Raphael Schär, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Philippe Ruf, 3. Ursula Rüegg, 4. Christian Werner

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Simon Muster

Olten jetzt!

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig (ab 19.15 Uhr)

parteilos

1. Ernst Eggmann

Stadtrat:
Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Baudirektion
Marion Rauber, Direktion Soziales
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent
Urs Tanner, Finanzverwalter
Christoph Koch
Lukas Müllegg

Unentschuldigt abwesend:
Alexandra Kämpf

Vorsitz: Marlène Wälchli Schaffner

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Gemeindeparlament/Demission
3. Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitglieds
4. Teilrevision des Reglements über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten (SRO 212)/Genehmigung
5. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 5.1. Interpellation Christoph Fink (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. «Outcome» von Kindern aus der Sozialhilfe
 - 5.2. Überparteiliche Motion Felix Wettstein und Mitunterzeichnende betr. Teilrevision der Statuten SBO – 1. Nachhaltigkeit
 - 5.3. Überparteiliche Motion Tobias Oetiker und Mitunterzeichnende betr. Teilrevision der Statuten SBO – 2. Glasfaser
 - 5.4. Überparteiliche Motion Felix Wettstein und Mitunterzeichnende betr. Teilrevision der Statuten SBO – 3. Personal
 - 5.5. Überparteiliche Motion Felix Wettstein und Mitunterzeichnende betr. Teilrevision der Statuten SBO – 4. Rechnungslegung
 - 5.6. Überparteiliche Motion Felix Wettstein und Mitunterzeichnende betr. Teilrevision der Statuten SBO – 5. Verwaltungsrat
 - 5.7. Motion Fraktion SP/JSP betr. Schaffung einer nicht ständigen Kommission zur Stärkung und Entwicklung der Oltnen Innenstadt
 - 5.8. Interpellation Fraktion SP/JSP betr. Kirchgasse
 - 5.9. Postulat Simon Muster (JSP) und Mitunterzeichnende betr. Bezahlbare Platzmieten im neuen Ballsport-Center
 - 5.10. Motion Michael Neuenschwander (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Mehrweggeschirr bei Anlässen
 - 5.11. Interpellation Deny Sonderegger (FDP) und Mitunterzeichnende betr. «Welche Anstrengungen unternimmt der Stadtrat in Sache kantonalem NRP-Umsetzungsprogramm 2020-2023?»

5.12. Interpellation Tobias Oetiker (Olten jetzt!) betr. Risikomanagement offener
Rechtsfall Partnerwerksbesteuerung

* * *

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich begrüsse herzlich alle Stadträtinnen und Stadträte, alle Mitglieder des Parlamentes zur heutigen Sitzung. Ebenfalls begrüsse ich alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die Volksmotionäre und Volksmotionärinnen, werte Gäste, Medienvertretung. Danke für das Interesse an den heutigen Themen.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner:

Protokollgenehmigung

Die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 24. Mai 2018 und 21. Juni 2018 sind vom Büro am 11. März 2019 unter Berücksichtigung, dass im Protokoll vom 24. Mai 2018, Prot.-Nr. 87, Folgendes korrigiert wird:

- Seite 56 im Votum von Florian Eberhard, 14. Zeile: Streichung des Wortes «nicht»
- Seite 57 im Votum von Felix Wettstein, 12. Zeile von oben: Ersetzen des Wortes «nicht» durch «nach»

definitiv genehmigt worden.

* * *

Berichterstattung Vorstösse

Aufgrund der Anpassung der Gemeindeordnung ist die Berichterstattung zu erheblich erklärten Vorstössen anders geregelt. Es gibt für neue, ab Inkraftsetzung der Teilrevision erheblich erklärte Vorstösse keine jährlich traktandierten Berichterstattungen mehr. Postulate und allenfalls in der Kompetenz des Stadtrates erfüllte Motionen werden Euch mit den Sitzungsunterlagen zugestellt. Diese Veränderung ist erstmals mit dieser Traktandenliste und den Dokumenten für diese Sitzung so umgesetzt worden.

* * *

Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 21./22. November 2018 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Alte Holzbrücke, Sanierung nach Brandfall/Nachtragskredit (*Beschluss Ziffer I/1.*)
- Neuorganisation Stadtentwicklung und –planung/Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates (SRO 122) (*Beschluss Ziffer I/1.*)
- Aareufer linke Aareseite (Gäubahnbrücke bis Schwimmbad)/Projekt- und Kreditgenehmigung (*Beschluss Ziffer I/2.*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 29. November 2018 und die Referendumsfrist ist am 29. Dezember 2018 abgelaufen.

Das Gemeindeparlament hat am **20. Dezember 2018** folgenden Geschäften zugestimmt:

- Parkleitsystem/Kreditgenehmigung (*Beschluss Ziffer I/1.*)
- Reglement über den Ausgleich von Planungsmehrwerten der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (Planungsausgleichsreglement; PAR)/Genehmigung (*Beschluss Ziffer I/1.*)
- Sportanlagen Kleinholz, Sanierung Leichtathletikanlage und neue Beleuchtung/Projekt- und Kreditgenehmigung (*Beschluss Ziffer I/2.*)

- Mühletälibach, Renaturierung und Hochwasserschutz/Projekt- und Kreditgenehmigung (*Beschluss Ziffer I/2.*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 10. Januar 2019 und die Referendumsfrist ist am 09. Februar 2019 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die bestehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

Das Gemeindeparlament hat am 23./24. Januar 2019 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Kulturzentrum Schützi/Leistungsvereinbarung
- Teilrevisionen Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen und der Gebührenordnung der Einwohnergemeinde Olten/Genehmigung (*Beschluss Ziffer I/1. und I.2.*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 31. Januar 2019 und die Referendumsfrist ist am 02. März 2019 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die bestehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

* * *

Volksabstimmungen vom 10. Februar und 24. März 2019

Es sind keine Wahlbeschwerden eingegangen. Alle Beschlüsse sind somit rechtskräftig.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Dringliche Volksmotion betr. Klimanotstand
- Dringliche Interpellation SP/Junge SP betr. finanzielles Risiko für die Stadt Olten bei Annahme der vom Kantonsrat beschlossenen Vorlage zur Steuerreform 17 im Kanton Solothurn durch die Bevölkerung
- Dringliche Interpellation FdP betr. Umsetzung der AHV-Steuvorlage in der Stadt Olten
- Postulat Ernst Eggmann betr. Parkplatzbewirtschaftung bei der Stadthalle und den Eissportanlagen
- Postulat SP/Junge SP betr. Senkung der Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung
- Interpellation SP/Junge SP betr. Versorgungssicherheit Trinkwasser in Olten und der von Olten belieferten Gemeinden
- Postulat Fraktion SP/Junge SP betr. Prüfung der Realisierung eines Hauses der Kultur an der Kirchgasse
- Postulat Olten jetzt! betr. Einführung eines Request Tracking Systems in der Stadtverwaltung

- Postulat Olten jetzt! betr. Förderung der nicht kommerziellen Nutzung des öffentlichen Raums
- Interpellation SP/Junge SP betr. Sicherheit Langsamverkehr zwischen Bahnhofbrücke und Postplatz
- Antrag CVP/EVP/GLP betr. «Der Stadtrat wird aufgefordert, der sbo nahezulegen, die Stromrechnung detailliert vorzulegen»
- Überparteiliche Motion betr. obligatorisches Referendum bei Steuerfussanpassungen
- Überparteiliche Motion betr. zeitnahe Budgetreferendumsabstimmungen

* * *

Wir sehen, die Vorstossliste ist sehr lang. Ich hatte das Ziel, alle sbo-Vorstösse heute noch zu behandeln. Dieses Ziel ist unrealistisch. Das muss man sehen. Alle können schon einmal provisorisch im Mai zusätzlich den Mittwoch reservieren, obschon ich gesagt habe, es gebe erst 2020 eine offizielle Terminplanung, bei der dann im Mai zwei Sitzungen stattfinden.

* * *

Doppelsitzung Mai

Das Parlamentsbüro hat an der letzten Sitzung beschlossen, dass neben der November-Sitzung ab 2020 auch im Mai eine Doppelsitzung terminiert ist, damit bei Bedarf ein Datum reserviert werden kann.

* * *

Sitzungsablauf

Ich würde gerne pünktlich um 22 Uhr aufhören. Das ist aber auch noch etwas abhängig. Schön wäre natürlich, wenn wir die fünf sbo-Vorstösse auch noch unter Dach und Fach bringen könnten. Ich darf Sie bitten, sich kurz zu fassen.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. März 2019

Prot.-Nr. 56

Gemeindeparlament/Demission

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 9. Januar 2019 demissioniert Monique Rudolf von Rohr (FdP) als Mitglied des Gemeindeparlamentes per 31. Januar 2019.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Monique Rudolf von Rohr (FdP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Monique Rudolf von Rohr (FdP) genehmigt.

Mitteilung an
Frau Monique Rudolf von Rohr, Langhagstrasse 14, 4600 Olten
Kanzleiakten (2)

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. März 2019

Prot.-Nr. 57

Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitglieds

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung ist ein frei werdender Parlamentssitz durch Nachrücken ab der Proporzliste neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Monique Rudolf von Rohr ist ein Sitz der Freisinnig-demokratischen Partei frei geworden. Markus Wyss (FdP) hat sich bereit erklärt, das Mandat als ordentliches Mitglied des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner begrüsst Markus Wyss. Sie verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Markus Wyss legt hierauf mit den Worten „ich gelobe“ das Gelöbnis ab. Damit ist er vereidigt. Es folgt Applaus.

Mitteilung an
Herrn Markus Wyss, Hornusserstrasse 3, 4600 Olten
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. März 2019

Prot.-Nr. 58

Fraktionserklärung FdP-Fraktion

Urs Knapp: Die letzte Sitzung dieses Parlaments liegt nun neun Wochen zurück. In dieser kurzen Zeit zwischen dem 24. Januar und dem heutigen 28. März haben sich in Olten drei politische Erdbeben ereignet. Der Stadtrat und die Mehrheit in diesem Parlament haben gleich drei Volksabstimmungen verloren, die aufgrund von Referenden notwendig waren. Diese Niederlagen haben nicht auf politischen Nebenschauplätzen stattgefunden, sondern der Stadtrat und die Parlamentsmehrheit haben verloren in Themen, die für eine Stadt wie Olten von zentraler Bedeutung sind. Das ist die Mobilitätspolitik. Das ist die Verwaltungspolitik, und das ist die Finanzpolitik. Das wuchtige Nein zum Parkierungsreglement vom 10. Februar ist nach unserer Einschätzung auch ein Nein zum Mobilitätsplan. Das ist die Grundlage für die gesamte Verkehrsplanung, die in der heutigen Form gewisse Verkehrsträger einseitig behindert und den Motor für eine prosperierende Stadt, die Mobilität, behindert. Nach unserer Meinung muss der Stadtrat diesen Plan jetzt sofort aussetzen. Zuerst muss jetzt die Ortsplanung revidiert oder neu angepackt werden, ein Auftrag, der seit Jahren schon besteht. Erst mit der revidierten Ortsplanung haben wir breit abgestützte Grundlagen für eine neue Verkehrspolitik in Olten und übrigens auch für andere politische Felder. Das Nein zur neuen Stelle in der Baudirektion am 24. März ist auch ein Nein zu einem weiteren Ausbau der Verwaltung. Der Stadtrat soll unserer Meinung nach jetzt machen, was er vor noch nicht einmal zwei Jahren schon versprochen hat, den Personalaufwand auf dem Niveau des Jahres 2018 fixieren. Braucht es tatsächlich neue Stellen, so sind diese, wie dies der Stadtrat damals machen wollte, an anderen Orten in der Verwaltung zu kompensieren. Das Volk hat übrigens diese Haltung schon vor einem guten Jahr unterstützt. Am 4. März 2018 hat es ja in einer Abstimmung Fachstelle Kultur mit über 70 % Nein-Stimmen abgelehnt. Wir hoffen, liebe Mitglieder des Stadtrates und diejenigen, die es im Parlament betrifft, dass Ihr jetzt auf das Volk hört. Dann müssen wir auch solche Abstimmungen nicht mehr machen. Die dritte Abstimmung, das Nein zum Budget 2019, am 24. März, ist in unserer Einschätzung ein klares Nein zu höheren Steuern und zur gleichzeitig massiven Verschuldung. Kurzfristig muss der Stadtrat jetzt ein Budget vorlegen, das die Steuern nicht erhöht, mit dem neue Stellen, wenn es sie braucht, zwingend innerhalb der Verwaltung kompensiert werden. Der Stadtrat entscheidet, wie schnell er ein neues Budget vorlegen will. Wir gehen davon aus, dass er als vorausschauende Behörde die Zeit seit dem Zustandekommen des Referendums Ende Dezember bis jetzt genutzt hat, um Alternativen vorzubereiten. Wir sind überzeugt und haben auch gezeigt, wie dies gehen würde. Wenn der Stadtrat und das Parlament möchten, könnte ein neues Budget bereits Ende April genehmigt vorliegen. Der Fokus liegt aber nicht auf dem Budget 2019, sondern auf dem Budget 2020 und dem Finanzplan 2020 bis 2026. Hier muss jetzt der Volksentscheid des letzten Wochenendes konsequent umgesetzt werden. Der Leitsatz darf dabei nicht mehr heissen, wie es bis jetzt immer hiess: «Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen richtet sich nach den finanziellen Bedürfnissen». Nein, vielmehr muss ein neuer Leitsatz formuliert werden, der heisst: «Die Ausgaben der Stadt richten sich nach den vorhandenen finanziellen Mitteln». Es braucht klare Prioritäten. Wir fordern dies auch in diesem Parlament seit Jahren. Die FdP hat schon seit einiger Zeit gesagt, welche Prioritäten sie setzen will. Neben den üblichen Investitionen sieht die FdP in nächster Zeit vor allem zwei Grossprojekte. Eines ist ein angemessenes Schulhaus im Kleinholz, und das zweite ist ein neu gestalteter Bahnhofplatz, verbunden mit einem attraktiven Zugang zum Aareraum. Diese beiden wichtigen Projekte kann sich die Stadt finanziell auch leisten. Solche

überzeugenden Projekte können auch an der Urne unterstützt werden. Das hat die Zustimmung zum Eissport in Olten gezeigt, auch am letzten Wochenende. Es hat gezeigt, dass die Oltnerinnen und Oltner sehr differenziert denken, das haben wir schon immer angenommen, und auch ja sagen können, wenn es die Umstände rechtfertigen. Zum Abschluss: Wir mussten in letzter Zeit einige Referenden ergreifen und unterstützen und manchmal auch nein sagen. Einfach, damit keine Illusionen aufkommen, das macht uns keinen Spass. Wir würden viel lieber ja sagen. Ja zu einer massvollen Entwicklung ohne untragbare Lasten für kommende Generationen, ja zu einer gesunden Haushaltsführung, ja zu einer positiven Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg. Wir hoffen sehr, dass die Ergebnisse der jüngsten städtischen Volksabstimmungen die Bereitschaft zu einem echten Dialog erhöhen, im Stadtrat und vor allem hier im Stadtparlament. An uns soll es nicht liegen. Das Volk schaut uns nach den Ereignissen der letzten Wochen noch stärker auf die Finger. Es erwartet mehr Kooperation statt Konfrontation. Gleichzeitig wird das Volk aber weiterhin bereit sein, uns die rote Karte zu zeigen, falls wir Politikerinnen und Politiker den Weg der Tugend verlassen würden. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. März 2019

Prot.-Nr. 59

Dringlicher Vorschlag des OK Klimastreik Olten gemäss Art. 16 GO betr. Klimanotstand/Frage der Dringlichkeit

Lukas Lütolf: Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, extreme Situationen verlangen rasche Lösungen und zwar jetzt. Die Welt, die Schweiz und auch Olten befinden sich in einer Krise, die es so vorher noch nie gegeben hat. Wir steuern mit Vollgas auf eine Apokalypse zu. Wir haben Angst. Es ist unverantwortlich, angesichts der erschreckenden Realität nichts zu tun. Aber es ist noch nicht zu spät. Heute können wir noch etwas dagegen unternehmen. Jetzt kann die Politik Verantwortung gegenüber dem heutigen Volk und zukünftigen Generationen wahrnehmen. Heute können wir für die ganze Schweiz ein Zeichen setzen. Die Klimastreikbewegung wird von einer breiten Masse aus der Oltnen Bevölkerung unterstützt, wie neben den 30 Unterschriften der Volksmotion noch über 150 zusätzliche symbolische Unterschriften beweisen. Im Namen des Organisationskomitees Klimastreik Olten und allen besorgten Bürgerinnen und Bürgern unserer schönen Stadt bitten wir Sie inständig, den Dringlichkeitsantrag für die Volksmotion Klimanotstand anzunehmen. Vielen Dank.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Volksmotionärinnen und Volksmotionäre, Herr Lütolf, Frau Temperli, wir haben im Stadtrat selbstverständlich auch über die Motion diskutiert und sind auch bereit, Antworten zu geben. Zur Dringlichkeit haben wir eigentlich keine Entscheidung getroffen. Das soll das Parlament jetzt entsprechend darlegen.

Beatrice Schaffner, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir lehnen die Dringlichkeit ab und zwar nicht, weil wir den Klimawandel abstreiten und nicht, weil wir meinen, es gebe keinen Handlungsbedarf, sondern weil wir die Dringlichkeit nicht sehen. Diese Motion kann gut warten, bis sie ordentlich behandelt wird.

Corina Bolliger, Fraktion SP/Junge SP: London, Los Angeles, Vancouver, Zürich, Kanton Waadt, Basel-Stadt und seit heute Delémont. Das sind alle Städte und Kantone, die als Zeichen von Anerkennung des Klimawandels den Notstand ausgerufen haben. Sie alle setzen sich dafür ein, dass in ihrer Stadt oder ihrer Region die Klimaziele von Paris bis 2030 oder spätestens 2050 eingehalten werden. Namentlich ist dies netto null CO₂-Ausstoss. Klar ist, dass der Klimawandel schon seit mehreren Jahrzehnten vor sich geht und dies keine neue Erscheinung ist. Neu daran ist aber, dass es jetzt anfängt zu eilen. Wir schreiben das Jahr 2019, und die vorliegende Volksmotion will bis zum Jahr 2030 die CO₂-Ausgabe der Stadt Olten auf null bringen. Das ist sehr ambitioniert, aber machbar, wenn man will. Die Fraktion SP/Junge SP spricht sich für die Dringlichkeit dieser Volksmotion aus, weil laut Artikel 16 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ein solcher Vorstoss innerhalb von sechs Monaten behandelt werden kann. Wer rechnet, merkt, dass ohne Dringlichkeit schon 5 % dieser 10 Jahre von heute auf 2030 verstrichen sind. Dann wird es wirklich knapp. Im Voraus hatte unsere Fraktion mit vielen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, und häufig haben wir die Antwort erhalten: Es ist ein wichtiges Thema. Aber man muss es anders lösen. Liebe Leute, wir können schon warten, bis wir die perfekte Lösung haben. Aber dann ist es vielleicht schon zu spät. Das dringliche Erklären dieser Volksmotion ist als Zeichen setzen gedacht, und die Argumente und der Einsatz der Jugendlichen sind Beweise genug, dass es

jetzt endlich an uns liegt, etwas zu ändern. Deshalb machen wir beliebt, dieser Dringlichkeit zuzustimmen. Danke vielmals.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Es ist eigentlich immer wieder das Gleiche, wenn wir über die Dringlichkeit reden. Es wird mehr über die Sache als über die Frage der Dringlichkeit gesprochen. Ich halte mich an die Formalitäten und äussere mich zum jetzigen Zeitpunkt nur zur Frage Dringlichkeit oder nicht Dringlichkeit, nicht zum Inhalt, so wie es meine Vorsprecherin gerade gemacht hat. Ich kann mich grundsätzlich dem Votum der Vertreterin der CVP/EVP/GLP-Fraktion anschliessen. Die Frage, die sich jetzt stellt, ist lediglich die, ob wir es heute superdringlich diskutieren oder ob wir es in ein paar Wochen respektive Monaten diskutieren. Die Erfahrung zeigt, dass die Diskussion nach einer Dringlicherklärung eines Vorstosses gar nicht wirklich stattfindet, weil es nämlich nachher während der Sitzung verteilt wird und die Leute auch keine Vorbereitung haben, sich zu diesen Antworten zu äussern. Deshalb fällt die Diskussion nachher in der Regel zwischen Stühle und Bänke. Wir sind der Meinung, dass es grundsätzlich legitim ist, über das Klima zu reden. Aber das muss man mit einer seriösen Diskussion tun, bei der man sich vorgängig auch in den Fraktionen darüber unterhalten kann, auf die man sich vorbereiten kann und nachher auch wirklich ein Austausch stattfindet und nicht einfach ideologisch einander Wörter um die Ohren schlagen. Das bringt uns nicht weiter. Ich möchte noch kurz betonen, dass ich es vom Stadtrat sehr schwach finde, dass er keinen Antrag stellt respektive nicht sagt, ob er für Dringlichkeit oder gegen Dringlichkeit ist. Immerhin richtet sich dieses Anliegen ja direkt an den Stadtrat. Er soll den Klimanotstand ausrufen. Ich bin klar der Meinung, dass die Exekutive, eigentlich die Führungsriege unserer Stadt, uns als Parlament sagen müsste, ob sie für Dringlichkeit ist oder nicht. Wenn sie dies einfach nicht tun und sich darüber ausschweigen, habe ich das Gefühl, dass sie ihre Verantwortung nicht ganz wahrnehmen und wahrscheinlich vorher dieser Fraktionserklärung zu wenig genau zugehört haben.

Daniel Probst: Die FdP befürwortet die Dringlichkeit und zwar nicht, weil wir denken, dass wir, wenn wir dies jetzt statt in ein paar Monaten behandeln, das Klima vielleicht schneller retten können. Uns geht es um etwas Anderes. Wir finden es bemerkenswert, dass die jungen Leute, und einige sind heute hier, an nur einem Tag 180 Unterschriften gesammelt haben, davon 30 von 16- bis 26-jährige Oltnerinnen und Oltnern. Wir haben ja in der Gemeindeordnung die Möglichkeit, dass eben auch 16- bis 26-Jährige eine Motion oder ein Postulat vorbringen und dies nachher im Gemeindeparlament einbringen können. Wir finden diese Möglichkeit wichtig und gut. Ich kann mich selber auch erinnern, ich sass damals schon im Gemeinderat, Noldi auch schon, dass wir 2001 in Olten ein Jugendparlament hatten, das eine Jugendmotion zur Realisierung einer Trendsportanlage im Kleinholz eingereicht hat. Damals war es die erste. Ich hatte mitgearbeitet, und es war auch ein Anliegen der Jungen. Sie haben sich gefreut, dass man sie ernst genommen hat. Viele sind heute gekommen, damit man ihnen zuhört und mit ihnen diskutiert. Das ist uns wirklich auch wichtig. Diesen Passus haben wir in unserer Gemeindeordnung, und wir finden es wichtig, dass man dies auch diskutieren kann. Man könnte dies auch heute diskutieren. Übrigens wurde die Jugendmotion damals im Gemeinderat mit 46 : 0 Stimmen überwiesen. Uns geht es darum, dass wir Respekt und Anerkennung zeigen wollen, dass sich die Jugendlichen engagieren. Inhaltlich äussern wir uns, wie es Christian vorhin richtig gesagt hat, erst, wenn die Dringlichkeit bejaht ist.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Bevor ich zur Dringlichkeit spreche, möchte ich noch sagen, dass ich es superschön finde, wie ausführlich und argumentativ jetzt gerade alle diskutieren. Von daher: Kommt noch mehr her. Scheinbar geben sich die Leute dann mehr Mühe und wollen auch zeigen, wie toll sie sich für Jugendliche einsetzen. Das habe ich bis jetzt von gewissen Parteien noch nie gehört. Von daher: Kommt mehr. Dies gesagt. Wir heissen Olten jetzt!. Man sollte schon seit Jahrzehnten etwas gegen den Klimawandel tun. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt. Deswegen sind wir für die Dringlichkeit.

Raphael Schär: Auch die Grüne Fraktion befürwortet selbstverständlich die Dringlichkeit. Die neuesten Klimaberichte zeigen, dass es mehr als dringlich ist. Daniel Kissling hat es angetönt. Es braucht es jetzt und nicht übermorgen. Deshalb unterstützen wir dies. An die

Adresse von Christian Werner: Die Schülerinnen und Schüler haben das Angebot gemacht, dass sie in die Fraktionssitzungen kommen. Das kann man ja nutzen. Dann können wir die Diskussionen dort auch führen.

Beschluss

Mit 27 : 11 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an
Direktion Präsidium
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. März 2019

Prot.-Nr. 60

Dringliche Interpellation SP/JSP betr. «finanzielles Risiko für die Stadt Olten bei der Annahme der vom Kantonsrat beschlossenen Vorlage zur SV17 im Kanton Solothurn durch die Bevölkerung»/Frage der Dringlichkeit

Dr. Rudolf Moor: Ich kann es mit der Dringlichkeit relativ kurz machen. Bei der letzten Sitzung hatten wir die Vorlage des Kantons noch nicht. Bei der nächsten Sitzung wird es zu spät sein. Also bleibt nur diese Sitzung übrig, an der man diskutieren kann, was sinnvoll ist. Eigentlich gibt es fast keine andere Möglichkeit, als es heute zu besprechen. Deshalb finde ich, dass die Dringlichkeit absolut gegeben ist.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Der Stadtrat ist gegen die Dringlichkeit. Er findet es etwas schade, dass die Parteien hier, und da meine ich beide Vorstösse, quasi den Stadtrat missbrauche, um ihre Anliegen im Wahlkampf zu unterstützen. Das sind parteipolitische Ränkespiele, hinter denen wir nicht stehen können. Deswegen sind wir gegen die Dringlichkeit.

Beatrice Schaffer, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir unterstützen die Dringlichkeit aus dem gleichen Grund wie der Vorredner der SP.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Wir stimmen mit Benvenuto Savoldelli überein, dass dies der falsche Ort ist, um diese Sache inhaltlich zu debattieren. Genau aus diesem Grund stimmen wir der Dringlichkeit zu, weil wir davon ausgehen, ähnlich wie es Christian Werner vorhin beim anderen Vorstoss gesagt hat, wir könnten die Antworten nicht im Voraus haben, und es wäre völlig vermessen, wir könnten nachher eine inhaltliche Diskussion führen. Wir könnten aber die Unterlagen nach Hause nehmen und in aller Ruhe anschauen.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Ich bin selten gleicher Meinung wie Felix Wettstein. Heute ist es wieder einmal so weit. Grundsätzlich gilt auch bei diesem Geschäft, was ich vorhin gesagt habe. Die Kurzfristigkeit und Dringlicherklärung wird der Diskussion abträglich sein. Man kann sich nicht vorbereiten. Es wird jetzt dann irgendwie etwas verteilt, und ein paar Schnelleser können es sich kurz hineinziehen. Aber eine wirkliche Diskussion wird es nicht geben. Auf der anderen Seite trifft zu, was die SP gesagt hat. Dieses Geschäft können wir nur heute diskutieren oder gar nicht mehr. Bei einer ordentlichen Behandlung wird die Abstimmung bereits vorbei sein. Deshalb stimmen wir relativ emotionslos für die Dringlichkeit. Das gilt auch beim FdP-Vorstoss. Ich werde mich dazu nicht mehr äussern.

Daniel Probst, FdP-Fraktion: Auch ich spreche gleich für beide dringliche Interpellationen. Wir befürworten beide aus dem gleichen Grund, wie ihn Christian Werner genannt hat.

Laura Schöni: Olten jetzt! befürwortet die Dringlichkeit der beiden kommenden Interpellationen auch.

Beschluss

Einstimmig wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an
Direktionsleiter, Direktion Finanzen und Dienste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. März 2019

Prot.-Nr. 61

Dringliche Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen Olten betr. Umsetzung der AHV-Steuvorlage in der Stadt Olten/Frage der Dringlichkeit

Daniel Probst, FdP-Fraktion: Ich habe es vorhin schon gesagt. Die Abstimmung wird am 19. Mai sein. Wenn wir es nicht heute erhalten, ist es zu spät. Deshalb sind wir hier für die Dringlichkeit.

Beatrice Schaffner, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir sind für die Dringlichkeit, aus den gleichen Gründen wie bei der SP-Interpellation.

Beschluss

Einstimmig wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an
Direktionsleiter, Direktion Finanzen und Dienste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. März 2019

Prot.-Nr. 62

Teilrevision des Reglements über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten (SRO 212)/Genehmigung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Ausgangslage

Im Gegensatz zu allen anderen Gemeinden des Kantons Solothurn ist Olten nicht gemäss «ordentlicher Gemeindeorganisation», sondern nach der «ausserordentlichen Gemeindeorganisation» organisiert.

Bei den Gemeinden mit ordentlicher Gemeindeorganisation sind die Aufgaben des Meldewesens in der Regel in der Gemeindeordnung geregelt, d.h. in der Gemeindeordnung dieser Gemeinden sind die einzelnen Tätigkeiten der Verwaltungsbereiche geregelt. In der Gemeindeordnung von Olten ist dies nicht der Fall, dort werden nur die Aufgaben der Stadt Olten, des Parlaments und des Stadtrats geregelt. Wichtige detaillierte Regelungen und Aufgaben des Meldewesens fehlen heute gänzlich.

Auf Stufe Kanton ist die Melde- und Hinterlegungspflicht bei Zuzügen, Wegzügen und Umzügen in § 3 ff. Gemeindegesetz (GG; BGS 131.1) grundsätzlich geregelt. § 4 enthält eine Strafbestimmung bei Verletzung der Pflicht. § 11 f. Verordnung über die Harmonisierung amtlicher Register (RegV; BGS 131.51) konkretisiert den Grundsatz folgendermassen:

¹ Natürliche Personen haben innerhalb von 14 Tagen einen Zuzug, einen Wegzug oder einen Umzug innerhalb der Gemeinde bei der zuständigen Einwohnerkontrolle zu melden. Die Meldepflicht besteht auch bei Umzügen innerhalb eines Gebäudes.

² Sie haben wahrheitsgetreu Auskunft über die Daten zu erteilen, und wenn erforderlich, ihre Angaben zu dokumentieren.

³ In Gemeinden, die eine physische Wohnungsnummerierung einführen, haben die Meldepflichtigen der Einwohnerkontrolle einen Auszug aus dem Mietvertrag vorzulegen.

Trotz dieser grundsätzlich klaren Pflicht, sehen sich Mitarbeitende der Einwohnerkontrolle mit der Tatsache konfrontiert, dass Meldepflichtige ihre Dokumente insbesondere Mietverträge und Krankenkassenbestätigungen nicht mitbringen, da sie der Meinung sind, dass die Beibringung dieser Dokumente die Persönlichkeitsrechte verletze und eine gesetzliche Grundlage fehle.

§ 12 RegV sieht eine subsidiäre Auskunftspflicht für Vermieter und Vermieterinnen vor. Um Prozesse zu beschleunigen sieht die Einwohnerkontrolle der Stadt Olten hingegen eine automatische Meldepflicht von Vermietern und Vermieterinnen bei Ein- und Auszug aus ihren Liegenschaften vor. Auch diese Pflicht wird nicht vollständig nachgelebt.

Um langwierige Diskussionen über die Zulässigkeit und Umfang der Einforderung der Pflichterfüllung bei Zuzug, Wegzug oder Umzug zu vermeiden, sollen diese neu in einer Verordnung detailliert aufgelistet werden. Damit eine solche Verordnung erlassen werden kann, bedarf es einer gesetzlichen Grundlage, welche mit vorliegender Teilrevision des Reglements über gemeindepolizeiliche Aufgaben geschaffen werden soll.

Im Rahmen der Erarbeitung wurden weitere Revisionsbedürfnisse der Direktion Bau und der Abteilung Ordnung und Sicherheit gemeldet, welche im Sinne der Effizienz gleich mitbeantragt werden. Es betrifft dies Regelung zum gesteigerten Gemeingebrauch, Einführen einer Nachtruhe, Regelung über Feuerwerke und Himmelsleuchten sowie eine Kompetenzdelegation im Bereich temporäre Verkehrsmassnahmen.

Erläuterungen:

Art. 1 Zweck

¹ Dieses Reglement fördert und unterstützt das Wohlbefinden und das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Stadt Olten.

² Dieses Reglement ordnet, in Ergänzung zum Bundesrecht und kantonalem Recht, die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten, insbesondere:

- a) Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung, im Rahmen der Gemeindekompetenzen;
- b) Regelung und Nutzung des öffentlichen Grundes;
- c) Öffnungs- und Ruhezeiten;
- d) Planung und Realisation von Verkehrsmassnahmen.
- e) Gewährleistung der Einwohnerkontrolle

Mit diesem Einschub wird die Grundlage geschaffen, im Rahmen des Reglements über gemeindepolizeiliche Aufgaben der Stadt Olten weitergehende Regelungen zu schaffen.

Art. 4 Übertretungen und Strafen

¹ Übertretungen im Sinne des städtischen Polizeirechts sowie des Meldewesens sind Widerhandlungen gegen Gebote oder Verbote, die sich aus diesem oder einem anderen mit Strafandrohung versehenen Gemeindereglement ergeben.

² Die Ermächtigung der zuständigen Behörden, im Rahmen ihrer Kompetenzen Verfügungen unter Hinweis auf die Strafandrohungen des Art. 292 StGB (Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen) zu erlassen, bleibt vorbehalten.

³ Übertretungen werden mit Bussen im Rahmen der friedensrichterlichen Spruchkompetenz bestraft.

Dieser Einschub dient der Klarstellung, dass auch Verletzung der Meldepflicht strafbar ist.

Art. 6 Gebrauch

¹ Jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Benutzung des öffentlichen Grundes, das Durchführen von Umzügen und Demonstrationen sowie das Campieren bedarf einer Bewilligung.

² Bewilligungsfrei sind Kundenstopper, während den Öffnungszeiten in unmittelbarer Nähe des Eingangs. Bei Störung des Gemeingebrauchs müssen diese auf Anweisung der zuständigen Behörde umgestellt oder entfernt werden.

³ Fahrräder dürfen maximal während 48 Stunden auf öffentlichem Grund abgestellt werden. Bei Widerhandlungen können die Fahrräder eingezogen und verwertet werden.

Bei Absatz 1 geht es wie beim Meldewesen um unnötige Diskussionen, weil gewissen Campern nicht bewusst ist, dass das Campieren auf öffentlichem Grund gesteigerter Gemeingebrauch darstellt.

Mit Absatz 2 wird dem Gewerbe entgegengekommen, insofern dass neu Klarheit über Zulässigkeit der Kundenstopper besteht. Ebenso wird Klarheit geschaffen, dass bei Störung durch Kundenstoppe die Abteilung Ordnung und Sicherheit Weisungen erteilen kann. Insofern geht diese Bestimmung dem Art. 15 über das Reklamewesen vor.

Mit Absatz 3 soll den Fahrradleichen insbesondere beim Bahnhof «den Kampf» angesagt werden, indem einerseits eine zeitliche Beschränkung der Parkdauer eingeführt und andererseits die Kompetenz zur Wegnahme bei Fehlverhalten begründet wird. Mit der Verwertung der eingezogenen Fahrräder soll zumindest ein Teil der Aufwendungen für den Einzug dem Verursacher überwältzt werden.

Art. 11 Ruhezeiten

¹ In der Zeit zwischen 20.00 und 07.00 Uhr, zwischen 12.00 und 13.00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen ist jegliche Lärm verursachende Arbeit zu unterlassen.

² Ausnahmen bewilligt die zuständige Behörde.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass die meisten Ausnahmegesuche von der Ruhezeit kurzfristig beantragt werden, um Arbeiten beenden zu können. Aus diesem Grund macht es Sinn die Kompetenz zur Ausnahmegewilligung der Abteilung Ordnung und Sicherheit zu delegieren.

Art. 11^{bis} Nachtruhe

¹ Die Nachtruhe gilt von 22.00–06.00 Uhr. Während dieser Zeiten ist jeglicher unnötige Lärm zu vermeiden.

² Ausnahmen bewilligt der Stadtrat.

Nachtruhestörungen können einerseits über die Lärmschutzverordnung oder über das Nachbarschaftsrecht geahndet werden. Diese sind aber nicht immer griffig, so dass auch die Polizei eine konkrete Regelung wünscht.

Im Gegensatz zu den Ruhezeiten, sollen Ausnahmen der Nachtruhe vom Stadtrat bewilligt werden.

Art. 11^{ter} Feuerwerke und Himmelsleuchten

¹ Das Abbrennen lassen von Feuerwerken ist jeweils nur am 31. Juli, 1. August und 31. Dezember zulässig. Ausnahmen bewilligt der Stadtrat.

² Das Steigenlassen von Himmelleuchten und dergleichen bedarf einer Bewilligung.

Feuerwerke ausserhalb der erwähnten Daten sind störend, verstossen aber nicht immer gegen Ruhezeiten- oder Nachtruhebestimmungen. Aus diesem Grund sollen sie separat geregelt werden.

Bei den Himmelsleuchten geht es primär um Himmelslaternen, die immer wie mehr an Beliebtheit gewinnen. Damit keine gefährlichen Situationen durch ausgebrannte Laternen

entstehen, sollen diese der Bewilligungspflicht unterstellt werden, damit der Ort vorgegeben und die Gesuchsteller über die Gefahren aufgeklärt werden können.

Art. 15 Reklamewesen

¹ Das Aufstellen von Reklamen bedarf einer Bewilligung. Für Wahlen und Abstimmungen gelten die besonderen Weisungen.

² Bewilligungsinstanz im Zusammenhang mit Baugesuchen ist die örtliche Baubehörde, in allen andern Fällen die zuständige Direktion. Ausserhalb der Bauzone bedarf es zusätzlich der Zustimmung des kantonalen Bau- und Justizdepartements.

³ Der Stadtrat kann für die Plakatierung auf städtischem Gebiet Exklusivrechte erteilen.

Der Einschub dient der Klarstellung, dass es für Wahlen und Abstimmungen kantonale Bestimmungen gibt, die es zu beachten gilt.

Art. 18 Überhängende Äste

¹ Überhängende Äste und Zweige sind unaufgefordert bis auf eine Höhe von 4,50 m über öffentlichen Strassen bzw. 2,70 m über öffentlichen Trottoirs und Gehwegen zurückzuschneiden.

² Nach erfolgloser Aufforderung ist die zuständige Direktion befugt, den gesetzlichen Zustand auf Kosten der Eigentümerschaft wieder herzustellen.

Gemäss § 23 Abs. 3 Verordnung über den Strassenverkehr (BGS 733.11) müssen Bäume und Sträucher, deren Äste über die Grenzen von Kantonsstrassen hinausreichen auf 4.20 m zurückgeschnitten werden. Die städtischen Fahrzeuge, insbesondere die Müllabfuhr brauchen für eine störungsfreie Fahrt aber 4.50m. In vielen anderen Gemeinden ist diese Höhe Standard

⁴ Die Geschäftsordnung des Stadtrates von Olten vom 10. Mai 2001, SRO 122 wird wie folgt geändert:

a) Art. 26 Abs. 2 Buchst. Buchst. I. lautet neu:

(...)

Verkehr und temporäre Verkehrsmassnahmen

Mit diesem Einschub in der Geschäftsordnung des Stadtrates soll die Abteilung Ordnung und Sicherheit die Kompetenz erhalten, temporäre Verkehrsmassnahmen, wie Sperrung von Parkflächen für Umzüge oder Sperrung von Strassenzügen infolge Baustellen zu bewilligen. Gemäss § 26 Strassengesetz (BGS 725.11) i.V.m. § 10 Verordnung über den Strassenverkehr (BGS 733.11) sind Verkehrsmassnahmen auf den Gemeindestrassen durch den Gemeinderat zu erlassen, es sei denn die Gemeinde habe ein anderes Organ als zuständig bestimmt. Die Kompetenzdelegation soll aber nur die temporären Massnahmen betreffen. Definitive Massnahmen sind weiterhin durch den Stadtrat zu beschliessen.

Beschlussesantrag:

1. Der Teilrevision des Reglements über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten (SRO 212) wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt
3. Ziff. 1 untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit den Änderungsanträgen der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Corina Bolliger, GPK: Wie schon im Vorfeld befürchtet, hat Artikel 11 ^{bis} zur Nachtruhe am meisten zu reden gegeben. Fragen wie, wieso man keine Unterscheidung von Sommer- und Winterzeit gemacht habe, oder was die Definition von unnötigem Lärm sei, und ob es nicht eventuell sinnvoll wäre, am Wochenende eine spätere Nachtruhe zu definieren, sind gestellt worden. Die Situation ist so verstrickt angesehen worden, dass sich die GPK dazu entschieden hat, dem Parlament einen Streichungsantrag vorzuschlagen. Es war aber nicht das Einzige in diesem Reglement, das beanstandet wurde. Auch bei Artikel 6, in dem es um das Wegräumen von Velos im öffentlichen Raum schon nach 48 Stunden ging, hat es Diskussionen gegeben. Es ist angemerkt worden, dass es ja nicht einmal ein ganzes Wochenende ist, wenn man sein Velo am Freitagabend nach der Arbeit deponiert und dann am Montagmorgen wieder nimmt, um zum Beispiel in der Industrie arbeiten zu gehen. Aber auch, wie man kontrollieren wolle, welche Velos schon wie lange dort stehen. Schlussendlich hat sich die GPK für den Änderungsantrag entschieden und zehn Arbeitstage daraus gemacht, dass man auch einmal mit dem Velo an den Bahnhof fahren könne, wenn man in die Ferien fahren wolle und dann ohne Angst sein Velo stehenlassen darf. Weitere Punkte waren im Reglement sehr schwammig definiert. Was versteht man unter campieren? Wann hört ein Zuckerstock auf und fängt ein Feuerwerk an oder um welche Art von Reklame es sich handle und wieso man eine Änderung in der Verordnung über das Meldewesen mit einem Reglement über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten vermischt. Auch das ist nicht ganz verstanden worden, oder wieso man vorgängig nicht eine Vernehmlassung gemacht hat. Die Antworten zu den offenen Fragen haben wir per Email noch zugeschickt erhalten. Allgemein hatte man bei der Teilrevision dieses Reglements ein komisches Gefühl, hat aber schlussendlich den vorliegenden Änderungen zugestimmt.

Dr. Christine von Arx, SP/Junge SP: Unsere Fraktion beantragt die Rückweisung dieses Geschäfts. Einige von uns sehen durchaus den Regelungsbedarf, der für die Arbeit der Einwohnerkontrolle nötig ist und auch das Zusammenleben regelt. Der vorliegende Vorschlag ist allerdings nicht durchdacht. Es sind pauschale Regelungen, die nicht auf verschiedene Situationen eingehen. Das passiert, wenn man kein Vernehmlassungsverfahren durchführt und einfach nur denjenigen nachgibt, die am lautesten schreien, zum Beispiel Einwohnerkontrolle und Polizei. Hätten mehrere Leute das Problem aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet, wäre man sicher zu sinnvolleren und ausgewogeneren Lösungen gekommen. Als Beispiel: Meldewesen Artikel 1, neue litera e. Das Problem ist, dass die Leute keinen Mietnachweis oder den Nachweis einer Krankenkasse bringen wollen. Wenn man jetzt schaut, worauf sich der Stadtrat abstützt, auf § 3 im Gemeindegesetz, ist dort aber nur von Ausweispapieren die Rede, nicht von Mietverträgen oder Krankenkassenausweisen. Artikel 40 des Gemeindegesetzes ist nur eine

Delegationskompetenz an den Stadtrat, aber enthält keine inhaltlichen Bestimmungen. Auch mit dem Vorschlag des Stadtrates wird keine Norm geschaffen, damit irgendjemand einen Mietvertrag oder Krankenkassenausweis abgeben muss. Der Inhalt dieser Verordnung, die der Stadtrat uns vorgelegt hat, müsste also im Reglement aufgenommen werden. Dann zur Strafbestimmung in Artikel 4: Es ist fraglich, ob man ein Verhalten strafen kann, das lediglich auf einer Verordnung basiert, die nicht einmal eine saubere Rechtsgrundlage hat. Es würde dem Stadtrat so freistehen, seine Verordnung einfach abzuändern, weitere Unterlagen einzufordern und bei Nichteinhaltung zu büssen. Wir dürfen nicht vergessen, es geht hier um höchst persönliche Daten, und auch allgemein gilt, dass ein strafbares Verhalten auf einem Gesetz basieren muss. Artikel 6 mit den wild parkierten Velos am Bahnhof. Da geht es um die Regelung eines Problems, das vor allem am Bahnhof besteht. Es sind aber Bestimmungen für die ganze Stadt aufgestellt worden. Es muss geprüft werden, ob nicht eine differenzierte Lösung notwendig ist. Auch muss man die Frist von 48 Stunden anschauen und ob die zehn Arbeitstage, welche die GPK vorschlägt, sachgerecht sind oder ob es einen Mittelweg gibt. Es stellt sich auch die Frage, ob nicht andere Fortbewegungsmittel, die dort herumstehen, miteinbezogen werden müssen. Nachtruhe, der neue Artikel 11bis. Da geht es um den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner öffentlichen Grundes, die sich eben nicht auf das Nachbarrecht berufen können. Man muss aber diskutieren, ob es dem Problem gerecht wird, eine Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr für das ganze Stadtgebiet aufzustellen. Das würde ja dann auch für die Innenstadt mit den Restaurationsbetrieben gelten oder zum Beispiel im Hardwald oder auf dem Elefantenplatz, wo es gar keine Anwohnerinnen und Anwohner hat. Zudem eröffnet diese Bestimmung Tür und Tor, dass die Polizei jederzeit ohne Anlass, das heisst ohne dass irgendjemand reklamiert, einschreiten kann. Es ist die Frage, ob man dies so will. Wenn man das Reglement schon überprüft, müsste man sich überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, im Sinne einer Qualitätskontrolle unserer Arbeit aus dem Jahr 2016 auch noch weitere Bestimmungen anzuschauen. Ich denke hier vor allem an Artikel 9 Strassenmusizieren, Artikel 10 Prostitution und Artikel 14 Anlassbewilligungen.

Michael Neuenschwander: Die Grüne Fraktion war über die Vorlage auch eher erstaunt und verärgert. Sie ist unserer Meinung nach nicht seriös vorbereitet. Es riecht etwas nach Schnellschuss. Es hat hier etliche neue repressive Elemente drin, und an und für sich wären wir auch der Meinung, dass es eigentlich eine Vernehmlassung bräuchte, weil es doch inhaltliche Sachen hat, die breiteste Kreise angehen. Grundsätzlich werden wir den Rückweisungsantrag nicht geschlossen unterstützen. Wir sind uns hier nicht ganz einig. Ich rede aber jetzt halt in diesem Sinne noch kurz dazu, was wir sachlich zum Geschäft meinen, im Falle, dass die Rückweisung trotzdem durchkäme. Wir unterstützen grundsätzlich einmal die Anträge der GPK, so wie sie gefasst wurden und Euch allen vorliegen und stellen zusätzlich, falls die Rückweisung nicht durchkommt, noch den Antrag, dass man Artikel 6 Absatz, wenn ich mich nicht täusche, über das Campieren auch streicht. In der GPK-Sitzung haben wir dies eigentlich auch angesprochen, haben nicht so richtig Auskunft erhalten, was eigentlich campieren ist, ähnlich wie beim Feuerwerk. Wo fängt dies an, wo hört dies auf? Wir sind der Meinung, dass es dies nicht braucht. Auf Bundesebene gibt es keinen Artikel, der das wilde Campieren grundsätzlich untersagt. Wir haben aber etliche Bestimmungen, die es einschränken. Zum Beispiel Wildschutzzonen, Naturschutzgebiete usw. Wir haben Litteringverbot. Wir haben Nachtruhestörungsverbot usw. Von daher gibt es für uns keinen Grund, wieso man das Campieren auf dem Gemeindegebiet der Stadt Olten grundsätzlich einmal untersagen bzw. bewilligungspflichtig machen sollte, und wir würden, falls die Rückweisung nicht durchkäme, den Antrag auf Streichung dieses Artikels «sowie das Campieren» auch stellen. Bei den Velos haben wir gesehen, dass die 48-Stunden-Regelung drin ist. Die GPK hat auch den Antrag gestellt, diesen Artikel zu ändern. Zehn Werkstage heisst Maximum vierzehn Tage. Das heisst, wenn man einen Aufenthalt macht, sei es in der Schweiz oder im Ausland, man fährt vielleicht mit dem Gepäck, mit dem Velo an den Bahnhof, lässt es stehen. Dann sollte dies vierzehn Tage möglich sein. Ich persönlich wäre eigentlich der Meinung, es sollte einen Monat lang möglich sein. Wir haben uns dann quasi als Kompromiss, um auch in der GPK eine Mehrheit zu finden, auf die zehn Werkstage geeinigt. Das wäre das absolute Minimum. Auch dort fehlt absolut die Vernehmlassung zu diesem neuen Artikel. Pro Velo war total entsetzt, als sie 48 Stunden gehört haben. Sie seien

ja kürzlich gerade mit der Stadt in Diskussion gewesen, dass man verschiedene Stufen macht. Je näher beim Bahnhof, je näher beim absoluten Hotspot, desto kürzer ist die bewilligte Parkzeit für zwei Räder irgendwelcher Art, und je weiter weg man geht, desto flexibler ist man dort. Es geht eigentlich immer allen darum, dass man verhindern will, dass man Veloleichen, die nicht mehr fahren, über Wochen und Monate einfach dort stehen lässt, niemand schaut, und sie besetzen den besten Platz. Das war nicht sauber vorbereitet. Wieso kommt man dort mit der 48-Stunden-Regelung? Beim Feuerwerk dasselbe. Es ist nicht praktikabel. Wo fängt das Feuerwerk an, wo hört es auf? Wir haben es vorhin schon gehört. Auch in der GPK haben wir dies diskutiert. Deshalb sind wir dort auch für den Antrag der GPK, der sagt, Streichung dieses Artikels. Ich höre jetzt einmal auf, weil wir nachher zuerst noch über die Rückweisung abstimmen.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Ich will nicht wie ein Lehrer herüberkommen. Sonst mache ich mich bei den Schülerinnen und Schülern erst recht unbeliebt. Aber auch hier wieder: Es ist manchmal etwas müssig, wenn man sich zu einer formellen Frage äussern muss und schon die ganzen Ausführungen über irgendwelche Anträge kommen. Wenn es dazu kommt, dass die Rückweisung abgewiesen wird, könnt Ihr dies immer noch bringen. Aber im Moment geht es eigentlich nur um Rückweisung. Uns war nicht bekannt, dass dieser Antrag gestellt wird. Wir haben dies vorgängig nicht gewusst. Entsprechend konnten wir es in der Fraktion auch nicht diskutieren. Uns ist es jetzt aber spontan eigentlich noch sympathisch hineingekommen. Wir haben vorhin schnell die Köpfe zusammengestreckt und beschlossen, dass wir die Rückweisung unterstützen und zwar aus dem einfachen Grund, dass es an unserer Fraktionssitzung riesige Diskussionen über diese Vorlage gegeben hat, obwohl es nur ein paar einzelne Gesetzesartikel sind. Es ist schon nur fragwürdig, weshalb überhaupt schon wieder an diesem Gesetz herumgeflickt werden soll. Vor etwa zwei Jahren hatten wir eine Totalrevision. Jetzt behandeln wir hier schon wieder irgendwelche Änderungen. Zum Teil sind es wirklich Veloständer-Probleme, die man jetzt hier diskutiert. Statt irgendwie 4,50 Meter will man jetzt 4,70 Meter hineinschreiben, weil man gemerkt hat, dass das Fahrzeug nicht darunter hindurch kommt. Das hätte man auch schon vor zwei Jahren merken können. In der Gesetzgebung ist es einfach wichtig, dass man eine gewisse Konstanz hat, eine gewisse Verlässlichkeit hat, auch, damit sich eine Praxis entwickeln kann. Es ist eigentlich nie gut, wenn man fast im Jahresrhythmus an einem Gesetz herumflickt und herumbastelt. Das kommt uns bei dieser Vorlage ein wenig so vor. Die Tatsache, dass wir, obwohl es nicht um wahnsinnig viel geht, in der Fraktion riesige Diskussionen hatten und auch verschiedene Sachen von der Definition her nicht gut gelöst sind, zum Beispiel in der Synopse klare inhaltliche Änderungen gar nicht rot markiert sind. Es kommt nicht wirklich sauber vorbereitet herüber. Deshalb sind wir spontan für die Zustimmung zu diesem Rückweisungsantrag.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Ich halte mich kurz. Es fühlt sich etwas an, als ob jemandem aufgefallen ist, dass man etwas tun machen, nämlich die Sache mit dem Meldewesen. Dann haben andere noch gesagt, wenn wir aber gleich daran sind, finde ich dies und jenes auch noch gut. Die Polizei hatte noch einen Wunsch frei. So macht man halt wirklich keine neuen Gesetze, ob man dafür ist oder dagegen. Wir sind auch für die Rückweisung. Falls sie nicht durchkommt, haben wir ja den Änderungsantrag, den wir hätten, verschickt.

Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich kann vielleicht gleich noch an das Votum von Daniel Kissling anknüpfen. Wir schaffen hier kein neues Gesetz. Es ist nach einer Totalrevision erst gerade am 29. September 2016 in Kraft getreten, mit einer umfassenden Vernehmlassung, die erwartungsgemäss, wie jetzt auch die Voten hier, ziemlich kontrovers ausgefallen ist, damit wieder einiges herausgeflogen ist, was unter anderem in der Praxis auch zeigt, wie die Arbeit für die Verwaltung oder für die Polizei erschwert wird, wie man überall ein Misstrauen hat oder das Haar in der Suppe finden möchte. Eine Teilrevision kann man jederzeit wieder machen, auch später, wenn man wieder ein Anliegen hat. Deshalb sehen wir mehrheitlich nicht ein, wieso man hier rückweisen und alles über den Tisch werfen sollten, sondern man kann hier noch Anpassungen vornehmen. Wir sind dazu legitimiert, noch zu verbessern, was wir zu wenig gut finden, als immer alles zurück an den Absender zu schicken. Es scheint ja in Olten modern zu sein, dass man über alles immer mindestens

doppelt diskutieren muss. Das möchte ich eigentlich nicht unterstützen. Ich finde dies auch selber nicht sehr konstruktiv. Wir haben deshalb dort, wo wir von der GPK-Meinung abweichen, auch noch Änderungsanträge gestellt. Vor allem, was das Parkieren von Zweirädern beim Bahnhof angeht, wird es sich gleich wieder zuspitzen. Es hat selbst im Winter viele Probleme gezeigt, wo ich sagen muss, dass ich auch einmal sehr froh um die Polizei war. Es gibt sogar E-Roller, die sehr frech nebenan irgendwo abgestellt werden und die man kaum wegtragen kann, um überhaupt an das Velo zu kommen. Wenn dann der Polizei einfach die Hände gebunden sind, nur, weil alle irgendwie der Polizei misstrauen, ist dies einfach auch schade und unnötiger Frust.

David Plüss, FdP-Fraktion: Ich mache es kurz. Aus den gleichen Gründen, die Muriel vorhin erwähnt hat, lehnen wir einen Rückweisungsantrag ab.

Beschluss

Mit 23 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Rückweisungsantrag zugestimmt.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. März 2019

Prot.-Nr. 63

Dringlicher Vorschlag des OK Klimastreik Olten gemäss Art. 16 GO betr. Klimanotstand/Beantwortung

Am 18. März 2019 hat das OK Klimastreik Olten folgende Vorschlag gemäss Art. 16 GO (Vorschlag von 30 in Olten wohnhaften Schweizer Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren) mit 30 gültigen Unterschriften eingereicht:

«Wir fordern, dass der Stadtrat der Stadt Olten den Klimanotstand ausruft:

Durch die Ausrufung des Klimanotstandes verpflichtet sich der Stadtrat der Stadt Olten den folgenden Punkten:

1. Der Stadtrat anerkennt, dass die menschengemachte globale Erwärmung als eine für uns Menschen existenzbedrohende Krise angesehen werden muss.
2. Der Stadtrat verpflichtet sich, zur Verhinderung einer humanitären Klimakatastrophe die globale Erwärmung auf +1.5°C im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten zu begrenzen. Dies entspricht den Zielen des Klimaabkommens von Paris und bedeutet für die Stadt Olten netto 0 Treibhausgasemissionen bis 2030.
3. Alle zukünftigen Handlungen und Entscheidungen des Stadtrates werde unter Einbezug aller möglichen Auswirkungen auf das Klima gefällt und vom Stadtrat an den Punkten 1 und 2 gemessen. Der Stadtrat wird alles daransetzen, die in Punkt 2 erwähnten Klimaziele zu erreichen und orientiert sich dabei an den Berichten des *Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)*.
4. Der Stadtrat informiert sich, seine Behörden und Angestellten und die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Olten wissenschaftlich über den Mechanismus der globalen Erwärmung. Er informiert fundiert über die Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise auf wirtschaftlicher und politischer Ebene. Des Weiteren informiert er innert sechs Monaten nach der Annahme und mindestens einmal jährlich, welche Massnahmen getroffen wurden und welche weiteren Massnahmen geplant sind, um die Ziele von Punkt 2 zu erreichen.

Begründung:

Der Klimawandel ist nicht mehr bloss ein Phänomen. Es ist wissenschaftlich begründet, dass der Klimawandel verheerende Folgen für Mensch, Umwelt und Wirtschaft mit sich bringen wird, falls man nicht sofortige Massnahmen ergreift. Die Stadt Olten wird bei Annahme dieser Motion diese Massnahmen sofort ergreifen und einen grossen Vorbildcharakter für weitere schweizerische wie auch internationale Städte einnehmen.»

- - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. Grundsätzliches

Um es vorauszuschicken: der Stadtrat von Olten hat grosses Verständnis für das Engagement der Jugend gegen die weltweite Beeinträchtigung des Klimas, welche wesentlich vom Menschen und dessen Aktivitäten ausgeht. Er stimmt mit den Einreichenden des Vorschlags überein, dass es ohne entschiedene Gegenmassnahmen zu einer existenzbedrohenden Krise kommen kann und dass in dieser Sache auf politischer Ebene mehr getan werden muss. Es ist das grosse Verdienst der Jugendlichen, dass das Klima – zumindest in Westeuropa – derzeit ganz oben auf der politischen Agenda figuriert.

Einen Leistungsausweis in dieser Sache kann auch die Stadt Olten vorlegen: Sie besitzt seit 2004 das Label Energiestadt, damals mit 54% der möglichen Punkte. Bereits vier Jahre später, beim ersten Reaudit, wurde dabei das Label der Stadt Olten durch den Trägerverein Energiestadt bestätigt – mehr noch: der Anteil von anrechenbaren Massnahmen konnte innert der vier Jahre gar auf 64% gesteigert werden. Ursache war unter anderem die damals beschlossene Gebäudestrategie, welche vorsieht, dass bei Sanierungen oder Neubauten von stadteigenen Gebäuden die energetischen Anforderungen auf die Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft ausgerichtet werden. Im Jahr 2012, beim zweiten Reaudit, wurde dieses Ergebnis egalisiert. Beim letzten Reaudit im Jahr 2016 konnten sogar 67% erreicht werden. Diese Gesamtbewertung bestätige das Engagement der Stadt Olten in den Themen Energie, Mobilität und Klimaschutz eindrücklich, so das Verdikt des zuständigen Gremiums. Ausschlaggebend waren die Bereiche „Entwicklungsplanung, Raumordnung“, „Kommunale Gebäude, Anlagen“ und „Interne Organisation“, in denen – unter anderem dank Massnahmen im Gebäudebereich und in der Mobilitätsplanung – Werte von über 70% erreicht wurden. So verbraucht etwa das Sälischulhaus heute rund 60% weniger Energie als vor der Sanierung; beim Stadthaus wird in den nächsten Jahren eine noch grössere Reduktion erwartet. Das Thema Ökologie ist zudem auch Bestandteil der neuen Eignerstrategie für die Städtischen Betriebe Olten. Ins gleiche Horn stossen auch die Vorgaben für das neue Schulhaus Kleinholz wie Minergie-P ECO Zertifizierung, PV-Anlage sowie innovative und nachhaltige Gebäudetechnik-Konzepte.

Der Stadtrat macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, dass auch diese Strategien und darauf basierende Massnahmen ihren Preis haben, den die Gesellschaft als Ganzes zu bezahlen bereit sein muss – worüber beispielsweise im Bereich Mobilität in Olten derzeit keine Einigkeit besteht, wie sich im vergangenen Jahr zeigte. Zudem müssen auch in diesem Bereich die gesteckten Ziele und geplanten Massnahmen für die jeweiligen Instanzen umsetzbar sein.

2. Zum vorliegenden Vorschlag:

Der Begriff Notstand im verfassungsrechtlichen Sinne ist definiert: Kommt es in einem bestimmten Gebiet aufgrund von Ereignissen wie Naturkatastrophen, Krieg, Aufruhr oder ähnlichem zu einer unüberschaubaren Lage, so kann der Notstand, auch Ausnahmezustand, ausgerufen werden. In der Regel hat dies dann zur Folge, dass die öffentliche Gewalt auf ihre Bindung an Gesetz und Recht insoweit verzichten kann, wie sie es zur Bekämpfung des Notstandes für erforderlich hält. In den demokratischen Ländern bedeutet der Notstand in der Regel die Verkürzung des Rechtsschutzes gegen hoheitliche Massnahmen sowie das Zurückdrängen von umfangreichen und langwierigen behördlichen oder legislativen Verfahren. Auch wenn der Stadtrat die drohende Gefahr erkennt, besteht aber kein unmittelbarer dringlicher Anlass, dass er in seinem Einflussbereich bestehende Gesetze und Rechte ausser Kraft setzt. Eine Ausrufung des Klimanotstandes durch den Stadtrat hätte somit lediglich deklaratorischen Charakter und könnte daher auch als „unehrlich“ betrachtet werden.

Diese Beurteilung wird dadurch verstärkt, dass die Verpflichtung unter Punkt 2 sachlich schlicht und einfach nicht erfüllt werden kann: Weder kann der Stadtrat die globale Erwärmung im beschriebenen Umfang begrenzen, noch kann er – nicht einmal lokal – die Treibhausgasemissionen bis 2030 auf null reduzieren. Es kommt hinzu, dass er in seinem Handeln nicht autonom ist, sondern auf die Zustimmung übergeordneter Instanzen angewiesen wäre – ein weiterer Grund, weshalb er die geforderte Verpflichtung nicht eingehen kann.

Gegen eine Erheblicherklärung der vorliegenden Motion spricht zudem, dass die finanziellen Auswirkungen von Punkt 3, welcher alle künftigen Handlungen und Entscheidungen des Stadtrates der genannten Verpflichtung unterstellt, nicht abschätzbar sind. Art. 34 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments legt indessen fest, dass über Anträge, deren finanzielle Tragweite nicht geklärt ist, nicht abgestimmt werden darf.

Zusammenfassend begrüsst und unterstützt der Stadtrat den Einsatz der Jugendlichen zum Schutze des Klimas und sichert zu, dass auch er sich im Rahmen seiner Zuständigkeit und Möglichkeiten für dieses Ziel einsetzen und dafür politische Mehrheiten anstreben wird. Mangels rechtlicher Grundlagen, Zuständigkeit und Umsetzbarkeit beantragt er jedoch, die Motion in ihrer absoluten Form nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Aline Temperli: Im Namen des Organisationskomitees der Klimabewegung in Olten bedanken wir uns ganz herzlich für die Annahme des Dringlichkeitsantrags. Es ist wirklich dringend, und deshalb ist es wichtig. Ich werde jetzt auf den Inhalt unserer Motion eingehen. „Vorweg ist anzumerken, dass wir uns als Organisationskomitee keiner Partei angehörig fühlen und unser Interesse einzig und allein der Sicherung der Lebensgrundlage der kommenden Generationen gilt. Wir wehren uns gegen jegliche politische Vereinnahmung und gegen den Vorwurf, wir würden von Erwachsenen instrumentalisiert. Wir haben das Recht, gehört zu werden. Unser Planet soll geschützt werden. Die Natur, der Planet Erde und unser Klima sind unsere Lebensgrundlage. Jede und jeder ist auf sie angewiesen. Die existenzbedrohende Klimakrise sollte und kann deshalb nicht gleich gewertet werden wie eine andere, politisch zu diskutierende Materie, und sollte frei von Parteigrenzen behandelt werden. Es ist allgemein bekannt, dass der Mensch einen negativen Einfluss auf die Natur hat. Bilder von abgeholztem Regenwald oder von mit Plastik überfülltem Meer sind uns allen bekannt. Zudem ist es auch ganz klar, dass der Mensch für die globale Erwärmung verantwortlich ist. Das Polareis schmilzt stetig, und dadurch steigt der Meeresspiegel an. Doch auch lokal treten Probleme auf: Die Gletscher schmelzen unaufhaltsam. „Innerhalb von 166 Jahren ist die Hälfte der Gletscherfläche der Schweiz geschmolzen“, so berichtet der Zürcher Tagesanzeiger. Auch hier, in der Region Olten sind Folgen des Klimawandels sichtbar: Die Trockenheit im letzten Sommer beschleunigte das Fischsterben in Schweizer Flüssen, ja, auch hier in der Aare. Tonnen von totem Fisch mussten aufgrund der Hitze und der Trockenheit aus den Flüssen gezogen werden. Die Situation spitzt sich zu, auch wir sind von der Klimaerwärmung und ihren Folgen betroffen. Doch dies ist erst der Anfang: Forscherinnen und Forscher rechnen mit Millionen Klimaflüchtlingen, ein Vielfaches mehr als jetzt, und wir sind schon heute überfordert mit der Situation. Ausserdem wird es enorme Ernteauffälle geben. Falls sich das Klima wirklich um 2 Grad erwärmt, ist mit Ausfällen von 213 Millionen Tonnen Getreide zu rechnen. Um auf die Kostenfrage zu kommen: Ja, die Umsetzung unserer, bewusst hochgesteckten und radikalen Forderungen ist teuer. Doch jetzt nicht zu handeln, ist nicht nur unverantwortlich, sondern auch aus finanzieller Sicht nicht vertretbar, denn „die Kosten für die Schweiz könnten sich im Jahr 2060 im Extremfall auf 8 bis 10 Milliarden Franken jährlich belaufen“, so berichtet Philippe Thalmann, Klimaökonom an der ETH Lausanne. Handeln ist teuer, nicht zu handeln ist nicht günstiger, höchstens finanziell schwieriger einzuschätzen. Und geht es nicht manchmal auch um mehr als um finanzielle Aspekte? Ich jedenfalls möchte, dass meine Kinder, egal zu welchem Preis, ein

Leben in einer gesunden und intakten Umwelt leben können. Ich möchte, dass auch sie die Möglichkeit haben, wie Ihr, einmal über einen Gletscher wandern zu können, oder die Freude verspüren zu können, wenn im Winter der erste Schnee fällt und sie Skifahren lernen, auf einer Piste, welche nicht nur aus Kunstschnee besteht. Wir belügen uns, trotz den furchterregenden Naturkatastrophen und Folgen der Klimaerwärmung. Wir reden uns ein, dass die Schweiz eine verhältnismässig gute Umweltbilanz hat. Und fühlen uns deshalb nicht verantwortlich, verbessernde Massnahmen zu ergreifen. Doch dieses Problem geht uns alle etwas an, wir alle sind auf eine intakte Lebensgrundlage angewiesen. Nach der Erläuterung der Problematik und unseren Argumenten werde ich Ihnen nun die vier konkreten Forderungen noch einmal näherbringen. Diese entsprechen auch den Forderungen der nationalen Klimabewegung.

1. Wir fordern, dass die globale Erwärmung aus den oben genannten Gründen als eine existenzbedrohende Krise angesehen wird.
2. Die Stadt Olten nimmt die Verantwortung wahr, die globale Erwärmung unter 1,5 Grad Celsius im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten zu begrenzen. Wir lehnen uns dabei an das schon jetzt geltende Klimagesetz des Bundes an. 2016 hat der Bundesrat die Strategie nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Darin werden die Visionen für eine nachhaltige Entwicklung dargelegt und die konkreten Ziele bezeichnet, die bis 2030 erreicht werden sollen. Das Ziel der Strategie ist es, eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes zu gewährleisten, und dies setzt die Koordination der Handlungen der drei Ebenen des Staates voraus. Dabei nehmen die Förderungen von Nachhaltigkeitsprozessen, insbesondere auf Stufe der Gemeinden [...] als Schnittstelle zur Zivilgesellschaft sowie die Sensibilisierung zur nachhaltigen Entwicklung eine sehr wichtige Rolle ein. Die Strategie enthält einen thematischen Zielrahmen, der aus einer langfristigen Vision und Zielen bis 2030 besteht. Darum fordern auch wir das Erreichen unseres Zieles, netto 0 Treibhausgasemissionen bis 2030 auf Gemeindeebene.
3. Alle zukünftigen Handlungen und Entscheidungen werden unter allen möglichen Auswirkungen auf das Klima gefällt und orientieren sich an den Klimazielen in Forderung 2. Das ist das Netto 0 bis 2030.
4. Die Stadt Olten verhilft durch wissenschaftliche Informationen allen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern zu mehr Verantwortungsbewusstsein bezüglich der Klimaerwärmung. Des Weiteren informiert sie innert sechs Monaten nach der Annahme und mindestens einmal jährlich, welche Massnahmen getroffen wurden und welche weiteren Massnahmen geplant sind, um die Ziele von Punkt 2 zu erreichen.

Wir stehen in der Verantwortung unseren Kindern, Kindeskindern und allen zukünftigen Generationen ein sicheres und lebenswertes Leben zu ermöglichen und fordern deshalb eine radikale Verbesserung bezüglich des Klimaschutzes in Olten. Vielen Dank.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Vorweg ein herzliches Dankeschön an Aline Temperli für das engagierte Votum zum Schutz unserer Umwelt und zum Klimaschutz. Im Wesentlichen könnte ich jetzt auf die schriftliche Beantwortung verweisen. Das möchte ich nicht, bewusst nicht, weil es auch darum geht, zwei, drei Sachen noch hervor zu streichen, die dem Stadtrat in der Beratung dieses Geschäfts auch wichtig waren. Erstens hat der Stadtrat sehr wohl das Engagement der jungen Leute nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch geschätzt und hat Respekt davor. Es ist so, dass man, nicht nur die Jugendlichen, sondern auch wir ältere Menschen, selbstverständlich auch in dem Sinne in Sorge sind, wie es unserem Globus geht, wie er sich weiterentwickelt, und auch bei uns sind natürlich die bedrohlichen Umstände ebenfalls angekommen. Wir haben insbesondere in der schriftlichen Beantwortung, auf die ich gleichwohl noch hinweisen möchte, dargelegt, wo die Stadt Olten in der Vergangenheit oder gerade im Moment versucht, einen Beitrag zu leisten. Es geht ja darum, wenn man sich um diesen Klimaschutz kümmert, dass es zuerst bei sich selber anfängt. Das ist ja klar. Dann kann man allenfalls in der Familie und nachher im Gemein-

wesen auch etwas tun. In der Stadt haben wir insbesondere aufgeführt, dass wir mit der Energiestadtstrategie doch auch schon auf unserer Stufe Gemeinde einiges erreicht haben, sei es bei der Sanierung unserer städtischen Liegenschaften, dass wir insbesondere schauen, dass sie gut isoliert sind und schlussendlich nicht unnötig Energie beanspruchen. Wir haben andere Bereiche, in denen wir uns als Stadt oder auch Stadtrat einsetzen. Das ist auch der Mobilitätsplan. Man kann sich dann noch darum streiten, was dort genau umgesetzt werden soll. Aber wir vom Stadtrat denken, dass es insbesondere dort durchaus eine Handhabung gibt, um der Ökologie auch Rechnung zu tragen. Wir haben im Stadtrat unlängst beschlossen, dass wir bei der Klimaschutzaktion, die ausgerufen wurde, und zwar eine weltweite Klimaschutzaktion, earth hour, mitmachen werden. Dort werden während einer Stunde öffentliche Gebäude nicht beleuchtet. Natürlich sind es kleine Sachen. Aber es sind Aufmerksamkeitszeichen, um auch hier darlegen zu können, es ist uns tatsächlich eine Sorge. Ich komme zum dritten Punkt bei unserer Beantwortung, in dem wir eigentlich im Wesentlichen auf die Zuständigkeiten oder Machtbarkeiten hinweisen, wo wir auch sagen, wir können auf der Gemeinde nicht alles regeln. Es ist insbesondere halt auch ein Thema, das schweizerisch, wenn nicht vor allem auch weltweit, angegangen werden muss. Dass wir als Stadt dort, wo wir tatsächlich einen Beitrag leisten können, dies als Stadtrat auch machen wollen. Aus diesen Gründen noch einmal grossen Respekt vor diesem Engagement. Danke vielmals. Wir haben aber im Sinne der Schlussbetrachtung beschlossen, dass wir diese Motion nicht erheblich erklären möchten, weil im Prinzip die Machbarkeit, Zuständigkeiten und Umsetzbarkeit auf Stufe der Gemeinde nicht gegeben ist.

Eugen Kiener, SP/Junge SP: Als es an unserer Fraktionssitzung darum ging, wer reden soll, hiess es, es muss jemand von der älteren Garde sein. Aber ich habe dies gerne gemacht, und es fällt mir auch leicht. Als ich mich auf dieses kurze Referat vorbereitet habe, habe ich zuerst in den Ordner mit all meinen Rechnungsbelegen geschaut. Dort ist der älteste Beleg 1971, Mitgliederbeitrag für den WWF, Fr. 5.—. Das war meine erste selbst bezahlte Rechnung. Ich habe damals auch in der Schule einen Vortrag zum Thema Umwelt gemacht. Wäre ich heute 16 Jahre alt, würde ich auf jeden Fall zu Euch Klimajugendlichen gehören. Als ich im Gäu aufgewachsen bin, war dies ein reines Bauerngebiet. Heute ist dort vieles zubetoniert. Es hat noch eine intensive Landwirtschaft. Sie düngt so stark, dass wir in Olten sehr viel Nitrat im Trinkwasser haben. Wie Ihr gesagt habt, sind unsere Sommer immer trockener und heisser. Fremdländische Pflanzen kommen zu uns. Neue Schädlinge bedrohen die Landwirtschaft. Die Stinkwanze aus China kommt in unsere Stube. Das sind nur ein paar Beispiele, die Eure Anliegen unterstützen. Bei den Umweltproblemen ist ja eigentlich wie bei den menschlichen Beschwerden. Die Einen schauen möglichst lange weg, und die Anderen gehen halt rechtzeitig zum Arzt. Wir wissen eigentlich alle, dass das Klima aus dem Gleichgewicht geraten ist. Doch eine klare Diagnose nützt bei vielen nichts. Sie verändern den Lebensstil doch nicht. Offensichtlich gibt es auch viel zu viele, die bei der Erkrankung der Umwelt nicht griffige Massnahmen ergreifen wollen. Hier ist die SP anderer Meinung. Ohne dass die Gemeinden verpflichtet worden wären, die Abwässer zu säubern, könnten wir heute nicht in der Aare schwimmen. Ohne dass die Fluorkohlenwasserstoffe verboten worden wären, wäre unsere Ozonschicht verschwunden, und wir könnten nicht mehr draussen herumgehen. Anliegen der Umwelt sind uns immer wichtig. Wir sind überzeugt, dass es in der Zukunft griffige Massnahmen braucht, wenn diese Erde lebenswert bleiben soll. Dass bei allen Entscheidungen der Aspekt der Umweltverträglichkeit zu berücksichtigen ist, ist für uns selbstverständlich. Wir sind uns bewusst, dass Olten allein den Klimawandel nicht aufhalten kann. Aber wir wollen unseren Anteil dafür leisten. Die Fraktion SP/Junge SP unterstützt die Volksmotion Klimanotstand. Sie findet es richtig, dass Olten hier ein Zeichen setzt.

Beatrice Schaffner, CVP/EVP/GLP: Wir haben diese Volksmotion an der Fraktionssitzung diskutiert, ohne dass wir die Antworten hatten. Ein Punkt ist natürlich, dass es mir, wenn ich das Wort Notstand sehe, kalt den Rücken herunterläuft. Das würde ja heissen, dass unsere verfassungsmässigen Rechte eingeschränkt würden und die Exekutive, der Stadtrat, sehr viel mehr Vollmachten hat. Das Zweite ist zum Technischen oder zum Thema: Uns ist klar, es gibt einen Klimawandel. Er wird uns noch extrem beschäftigen. Er wird Kosten haben. Er hat schon Kosten. Es ist wirklich ein Problem. Aber mit diesen Punkten ist es schwierig,

wenn die Stadt Olten die globale Erwärmung um 1,5 Grad senken müsste. Olten ist eine Stadt von rund 18'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Netto null Treibhausemissionen funktioniert in einem demokratischen Gebilde nicht. Das würde nur mit Zwangsmassnahmen gehen. Dann sind wir wieder beim Thema Notstand, und das lehnen wir ab. Wir finden auch die Forderungen schiessen über das Ziel hinaus. Aber wir haben dies intensiv diskutiert. Wir schätzen sehr, dass auch von den Jugendlichen solche Vorstösse kommen. Wir anerkennen diese Befürchtungen, wir teilen sie auch. Was wir noch viel besser finden würden, dass anstatt, dass wir Alten jetzt mit dem Beispiel vorangehen sollten, der Stadtrat, Ihr Jungen uns mit eigenen Aktivitäten zeigt, wie man es machen könnte. Zum Beispiel wie es an einer Kanti in Basel gemacht wird. Nur noch einmal Fleisch pro Woche, Verzicht auf Flugzeugreisen für Maturareisen oder ähnliche Sachen. Dann werden wir noch viel mehr beeindruckt. Deshalb weisen wir diese Motion zurück.

Laura Schöni, Olten jetzt!: Der Klimawandel ist real. Das Schlimmste am Ganzen ist eigentlich, dass wir ihn selber zu verantworten haben. Es gibt aber auch eine gute Nachricht. Wir sind auch diejenigen, die dem Ganzen ein wenig entgegenhalten können. Warum also nicht jetzt etwas übernehmen? Der Stadtrat erzählt in seiner Antwort ausführlich über seine Leistungsweise als Energiestadt. Das ist ja schön und recht. Aber es geht auch noch mehr. Wer sagt, dass wir nur das machen müssen, was es braucht, um diesen Standard Energiestadt zu behalten? Im Falle Klimaschutz gibt es für uns nur eines, nämlich mehr ist mehr und nicht weniger ist mehr. Die Massnahmen haben ihren Preis, schreibt der Stadtrat in seiner Antwort. Einverstanden. Aber ob der Preis vergleichbar ist mit dem, was die Gesellschaft als Ganzes bezahlen muss, wenn wir uns jetzt nicht aktiv für das Klima engagieren, bezweifle ich. Der Stadtrat schreibt auch, er erkennt die drohende Gefahr, sieht aber keinen unmittelbaren dringlichen Anlass, hier etwas zu tun. Für uns ist der Klimawandel mehr als dringlich. Was andere können, können wir schon lange. Zusammen können wir etwas ändern. Jeder Einzelne, jede Einzelne hier kann etwas unternehmen, um diesem Klimawandel entgegenzuhalten. Aber wir können auch als Gemeinschaft etwas tun. Vorhin hat der Stadtrat gesagt, es ist nicht unsere Zuständigkeit als Gemeinde, dies zu tun. Das ist nicht Euer Ernst. Wir können zusammen etwas tun. Warum also nicht jetzt, warum nicht zusammen? Und zu sagen, dass wir uns von den Jungen, von uns Jungen, zu denen ich mich dazu zähle, die Alten erwarten, ihnen zu zeigen, welche Schritte man noch machen könnte. Ganz ehrlich, hebt Euren Hintern. Jeder Einzelne hat Verantwortung zu tragen dafür, und jede Einzelner soll die Verantwortung auch tragen und etwas tun. Zu sagen, dass man sich etwas zeigen lassen soll und dass man dann erst recht beeindruckt ist, finde ich einfach eine ganz schwache Antwort. Deshalb: Wir erkennen das Problem und sind dafür, dass die Stadt Olten den Klimanotstand ausruft. Deshalb stimmen wir für die Erheblichkeit dieser Motion.

Daniel Probst, FdP-Fraktion: Zuerst möchte ich mich bei Julia Hodel und Lukas Lütolf bedanken, die in unsere Fraktion gekommen sind und uns die Volksmotion vorgestellt haben und auch für Fragen zur Verfügung standen. Wir haben dort auch gesagt, dass die FdP hinter dem Klimaabkommen von Paris steht. Auch Petra Gössi steht dahinter, also machen wir dies auch. Sie ist unsere Chefin. Aber wir haben vielleicht einen etwas anderen Ansatz. Was wir aus der Motion herauslesen ist, dass man dies vor allem auch mit Verboten machen möchte. Man möchte vielleicht weniger mit Anreiz, Innovation vorwärtsgehen, respektive wir denken, wenn man es so schnell machen möchte, kann man es fast nur mit Verboten machen. Das finden wir nicht gut. Wir haben eigentlich drei Punkte, weshalb wir diese Motion nicht erheblich erklären können. Der erste ist, dass die Ziele, die wir hier gelesen haben, und das haben wir auch mit ihnen diskutiert, sind noch eigentlich noch ambitionierter als das Klimaabkommen von Paris. Es verlangt, dass man bis 2030 die Treibhausemissionen um die Hälfte reduziert. Hier reden wir von Neutralität. Wir fanden, wenn wir uns zum Klimaabkommen bekennen, auch zum Bundesrat, der es unterstützt, ist dies noch stärker. Ich denke, es ist schon schwierig, das Ziel des Bundesrates zu erreichen. Wir denken, damit schiessen wir über das Ziel hinaus. Da wäre vielleicht besser gewesen, man hätte nicht eine Motion vorgebracht, sondern ein Postulat. Das kann man ja. Das wäre ein Prüfungsauftrag, und dann hätte man vielleicht auch noch über das Ziel diskutieren können. Der zweite Punkt, der in der Diskussion unklar war, ist der Umfang. Da ist die Rede von der Stadt Olten, die

dieses Ziel erreichen muss. Wir haben auch diskutiert oder gefragt, ob damit die Einwohnergemeinde Olten gemeint ist, also die Stadt selber schaut, dass die Gebäude klimaneutral werden, ihre Fahrzeuge usw. oder ist da jeder Einwohner, jede Einwohnerin der Stadt gemeint plus auch noch Geschäfte, Firmen usw. Es war nicht ganz klar. Man hat gesagt, ja eigentlich betrifft es, wenn es ein Notstand ist, alle, also nicht nur die Einwohnergemeinde. Es betrifft alle Einwohnerinnen und Einwohner. Das heisst, und wir haben es gehört, wenn man einen Notstand ausruft, kann man Gesetze aufheben, auch unsere Gemeindeordnung aufheben. Man könnte zum Beispiel den Leuten verbieten, an gewisse Orte in die Ferien zu fliegen, oder ein gewisses Auto zu kaufen oder eine Heizung auszuwechseln. Es ist ja ein Notstand. Dieser Umfang ist schon unklar. Auch dort hätte geholfen, wenn es nicht eine Motion, sondern ein Postulat wäre, das man prüfen kann und sieht, wo es geht und wo es nicht geht und wo die Grenzen sind. Der dritte Punkt ist schon genannt worden. Es sind die Kosten. Wir anerkennen wirklich auch, dass man etwas tun muss. Wie gesagt, die Schweiz hat sich zum Klimaabkommen von Paris bekannt. Auch wir bekennen uns dazu. Die Ökologie ist wichtig. Sie ist auch ein Standortfaktor. Es tönt jetzt etwas technisch. Aber es ist wichtig für die Leute, die hier leben. Wir brauchen eine intakte Natur. Es ist auch für die Firmen wichtig. Sie wollen ja auch, dass die Leute zu ihnen arbeiten kommen. Die Leute wollen in einer intakten Natur leben. Man möchte saubere Gewässer. Man möchte saubere Luft. Das ist ein Standortfaktor. Deshalb sind wir auch dahinter. Aber es nicht der einzige. Ökologie ist einer von mehreren. Es gibt auch noch die Wirtschaftlichkeit. Eine Massnahme muss immer auch wirtschaftlich sein und sich rechnen. Jetzt gibt es viele ökologische Massnahmen, die sich auch wirtschaftlich rechnen. Das stimmt. Aber eben nicht immer alle, und vor allem nicht auf kurze Frist. Da muss man manchmal vielleicht auch einen Investitionszyklus abwarten. Wenn eine Firma zum Beispiel eine Maschine hat und sie nicht gut läuft, wird er das nächste Mal, wenn er eine neue kauft, schon eine effizientere, umweltfreundlichere Maschine kaufen. Aber er macht es vielleicht nicht gerade jetzt, sondern macht es dann, wenn es darauf ankommt. Oder der soziale Aspekt. Man hat die Gilets jaunes in Frankreich gesehen. Wenn man den Benzinpreis schnell erhöht, was dann wahrscheinlich hier auch notwendig wäre, nicht in Olten, aber vielleicht in der Schweiz, wenn man so drastisch vorwärtsgehen würde. Dann gibt es auch Leute, die sich aus sozialen Gründen gewisse Sachen nicht mehr leisten können oder vielleicht gar nicht mehr zur Arbeit fahren können. Ich glaube, es ist immer Ökologie, Ökonomie und soziale Aspekte, die man berücksichtigen muss. Das ist für uns auch nicht absehbar. Der letzte Punkt war noch, und der Stadtrat hat ihn auch vorgebracht, ich glaube für einen Notstand, bei dem man die Gesetze dann plötzlich aufheben würde, das ist uns zu streng. Wir wollen aber auch mithelfen, und deshalb hätte uns ein Postulat eigentlich geholfen. Dem hätte man zustimmen können. Dass man prüft, was die Stadt vielleicht noch mehr machen kann, zu dem, was sie heute schon tut. Aber eine Motion ist uns hier zu stark, und deshalb sind wir gegen diese Motion und erklären sie nicht erheblich.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Erstens möchte ich den Klimaaktivisten im Saal einmal danken, dass sie ihre Impulse geben und uns alte Säcke ein wenig aus der Komfortzone locken und von uns in dieser Frage auch einen Standpunkt verlangen. Beim Votum von Eugen ist mir gerade eingefallen, dass meine erste politische Tätigkeit, die ich gemacht habe, war auch durchaus im natürlichen Sinne. In der Primarschule habe ich, als sie den Wald neben der Schule abgeholt haben, dem Gemeindepräsidenten einen Brief geschrieben, weil ja die Eichhörnchen dort waren. Er hat sich zwar über mein Wort „Sauerei“, das ich benutzt habe, äusserst aufgeregt. Aber er konnte mich dann trösten, indem er ein paar Bäume stehen liess, und diese Bäume stehen heute noch. Ihr seht, auch ich habe damals instinktiv gegen den Klimawandel gearbeitet. Das Problem ist einfach, dass es ein Thema ist, und die Politik besteht eben aus vielen verschiedenen Themen. Hier muss man einfach aufpassen, dass man nicht den Tunnelblick bekommt und sich nur auf etwas konzentriert. Das Erste ist einmal, dass es mich immer ein wenig irritiert, wenn Leute unter 18 so akademisch und wissenschaftlich argumentieren, weil gerade ein wissenschaftlicher Exkurs und wissenschaftliche Auseinandersetzungen von Pro und Kontra leben, von Thesen, die man miteinander bespricht. Dass man jetzt hier davon ausgeht, dass beim Klima alles von Menschen gemacht ist, dazu möchte ich Euch sagen, dass es bis zur Hälfte des 19. Jahrhunderts eine kleine Eiszeit gab. Das heisst, die Gletscher sind gewachsen, und die

Klimatologen oder wie man sie auch immer nennt, sind sich bis heute uneinig, warum es die kleine Eiszeit eigentlich gab. Wenn man sich in der Vergangenheit über Daten, die man messen kann, uneinig ist, wie kann es dann sein, dass man sich über die Zukunft zu 100 % einig ist? Hier müsst Ihr einfach auch ein wenig skeptisch sein. Das Zweite ist, dass im Moment CO₂ für Euch ja das Topthema ist. Vor zehn Jahren war dies genau das Gleiche. Dann hat man auch die CO₂-Reduktion als erstes Thema angeschaut. Was ist passiert? Fukushima. Dann ist Deutschland gekommen und aus der Atomenergie ausgestiegen. Nachher hatte Deutschland auf einmal so viel CO₂ ausgestossen wie noch nie, weil die Prioritäten plötzlich geändert haben. Hier muss man aufpassen, wenn man sich nur auf ein Thema beschränkt. Das Zweite ist die globale Erwärmung. Wenn man jetzt den Stadtrat für die globale Erwärmung verantwortlich machen wollte. Wir haben zwar fraktionsintern besprochen, dass der Stadtrat, wenn das Klima in den nächsten zwei Jahren wärmer wird, in globo zurücktreten soll. Dieser Antrag hat aber keine Mehrheit gefunden. Wir schauen sehr skeptisch darauf, dass man die Demokratie umgehen möchte. Wenn man Massnahmen ergreift, die relativ radikal sind, die hier drinstehen, kosten sie. Sie betreffen Leute. Bei den Gilets jaunes in Frankreich ging es um eine Erhöhung um wenige Rappen beim Benzinpreis. Was Ihr hier verlangt, bräuchte wesentlich mehr. Das bräuchte auch noch Verbote usw. Das wird ein Effekt auf die Bevölkerung haben. Wenn man diese erreichen möchte, muss man unsere demokratischen Prinzipien umgehen. Sonst bringt man dies nicht durch. Ein weiterer Punkt, damit Ihr Euch noch mehr aufregen könnt: Was waren die drei grössten Ereignisse für den CO₂-Ausstoss der letzten paar Jahre? Das erste Ereignis war die Rezession 2008. Dort ist der CO₂-Ausstoss gesunken, weil die Wirtschaft nicht gut lief. Das Zweite war Fukushima. Wegen der Energiewende und dem Atomstrom, den man abgeschaltet hat, ist das CO₂ schlagartig gestiegen. Das Dritte: Diejenigen, die sagen, wir sollen das Pariser Abkommen erfüllen, dieses sagt, dass der absolute CO₂-Ausstoss von 1990 halbiert werden muss. Was wirkt hier entgegen? Die Zuwanderung. Wir hatten eine Zuwanderung. Das ist eigentlich der grösste Verursacher für mehr CO₂-Verbrauch. Das ist leider eine Tatsache. Wenn man diese Klimaziele erreichen möchte, müsste man eigentlich auch die Zuwanderung begrenzen. Je mehr Leute kommen, desto mehr wird verbraucht, und das Pariser Klimaabkommen ist nicht pro Bevölkerung, sondern insgesamt. Zusammengefasst: Ich glaube, Ihr denkt, Ihr könnt herauslesen, was unsere Beschlussfassung ist. Wir sind gegen die Erheblichkeit. In seltener Einigkeit mit dem Stadtrat sind wir für die Nichterheblichkeit dieser Motion.

Raphael Schär, Fraktion Grüne: Wir sind klar der Meinung, dass die Wichtigkeit dieses Anliegens durch die Motionärinnen und die Motionäre vorhin in ihrer Rede deutlich betont wurde. Herzlichen Dank dafür. Mit den aktuellsten Erkenntnissen des IPCC im Herbst 2018 ist eigentlich klar, dass uns die Zeit davonrennt. Wir finden deshalb, dass auf allen Ebenen alle möglichen Massnahmen zu treffen sind, um die Emissionen auf null zu bringen. Das zeigt auch deutlich die Klimastreikbewegung, welche die Schweiz erfasst hat, bei der das letzte Mal 65'000 Personen in der ganzen Schweiz auf der Strasse standen. Ich glaube, so viel für ein Thema gibt es selten, und das zeigt klar die Deutlichkeit. Zu den Zielen: Daniel Probst hat es angetönt. 2030. Wir haben immerhin noch elf Jahre. Ich finde, das ist auch einmal so etwas technologieneutral, das eine Stossrichtung vorgibt, bei der wir nicht einfach sagen von heute auf morgen. Wenn wir es in fünf Jahren machen, haben wir nur noch fünf Jahre Zeit. Es macht es nicht besser. Insofern finden wir, dass es ein guter Fahrplan ist. Zur Zuwanderung: Ich habe mir lange überlegt, ob ich noch etwas dazu sagen soll, Matthias. Erstens gibt es Emissionen auf der ganzen Welt. Es kommt nicht darauf an, ob der Mensch dies hier macht oder in einem anderen Land. Das ist ziemlich egal, und es gibt auch eine Zuwanderung, die genau durch den Klimawandel beschleunigt wird. Da kann man nach Syrien schauen. Das war wahrscheinlich der erste richtige Klimakrieg auf dieser Welt. Es gibt sehr gute Indizien, dass dies durch den Klimawandel beschleunigt, wenn nicht überhaupt ausgelöst wurde. Was ich damit sagen möchte ist, wenn wir jetzt etwas tun, habt Ihr vielleicht auch einmal etwas, was Euch dort hilft, auch wenn ich nicht der gleichen Meinung bin, dass es ein Problem ist, dass die Zuwanderung da ist. Dann war in der Antwort des Stadtrates bezüglich der Tragweite eine Bemerkung wegen des Abstimmens oder nicht. Ich bin klar der Meinung, dass aufgrund der Geschäftsordnung mit der Definition der Motion drin ist, das verlangt, dass ein Reglements- oder Beschlussentwurf vorzulegen ist. Insofern braucht es,

wenn wir dies überweisen, und das befürworten wir selbstverständlich, einen Klimaplan für die Stadt Olten. Er soll angeben, wie wir die Emissionen bis 2030 richtig null bringen werden. Das können wir tun, das wollen wir tun, und das sollten wir jetzt tun. Deshalb befürworten wir dies.

Florian Eberhard: Ich möchte noch anmerken, dass das Ausrufen des Klimanotstands nichts mit dem rechtsgültigen Begriff Notstand in diesem Sinne zu tun hat. Deshalb kann man in diesem Zusammenhang auch schlecht behaupten, dass es unehrlich wäre, wenn man ihn jetzt als Stadt ausrufen würde. Es ist ein Konsens in allen bisherigen Gemeinden, in denen es behandelt worden war, dass dies keine rechtliche Bindung im Sinne eines Notstands haben soll, sondern klar Signalwirkung als Ziel hat, und wie Raphael auch gesagt hat, die nachher einen Umsetzungsvorschlag des Stadtrats zur Folge haben wird. Durch die Überweisung dieser Motion würden wir dieses Thema ernst nehmen. Schliesslich müssen wir als Parlament nachher auch die nächsten Schritte gehen. Ich freue mich insbesondere auf die Unterstützung derjenigen, die heute Abend klar betont haben, dass das Ziel unterstützenswert ist, dies aber der falsche Weg sei. Ich glaube, so wie es aussieht, würden wir die nächsten Monate offensichtlich zum Schutz dieses Klimas alle an einem Strick ziehen, und ich hoffe, dies waren keine leeren Versprechungen. Ausser gewissen Klimalügnern sind scheinbar bei diesen Umsetzungen alle dabei. Das Argumentieren der fehlenden finanziellen Auswirkungen finde ich ein Stück weit ein Hohn an dieses demokratische Instrument. Wenn es nur möglich sein soll, eine Volksmotion einzureichen, wenn man im Vorhinein mit Juristen und Parlamentarierinnen und Parlamentariern zusammenarbeitet, wird das ganze Mittel obsolet, und ich glaube, so werden wir ganz bestimmt junge Leute nicht für Politik begeistern können, wenn wir versuchen, sie so von oben zu belehren. Noch mehr stört mich der Vorwurf, die jungen Leute sollen zuerst selber etwas tun, zum Beispiel kein Fleisch mehr essen. Woher wisst Ihr denn überhaupt, dass sie dies nicht jetzt schon tun? So wie ich diese Leute kennengelernt habe, sind sie nämlich durchaus, sich selber auch zu engagieren und tun dies durchaus schon. Im Übrigen sind wir mittlerweile schon zu spät dafür, dass es einfach reicht, dass jeder ein wenig für sich schaut und jeder individuell etwas zurückfährt. Nein, wir brauchen unbedingt verbindliche Regelungen, wir brauchen Verbote, egal, wie unsexy das wirkt. Aber mittlerweile ist es zu spät für das Individuelle.

Christian Werner: Selbstverständlich haben all diejenigen, die gesagt haben, es sei lobenswert, dass sich die jungen Leute für die Politik interessieren und engagieren, recht. Logisch. Ich finde das auch gut. Gleichzeitig finde ich aber auch, man sollte die jungen Erwachsenen nicht so stiefmütterlich behandeln und so tun, als ob das, was sie fordern, umsetzbar wäre. Das ist es nicht. Wenn wir sie ernst nehmen und schauen, was sie konkret fordern, und den Text lesen, kommen wir zum Schluss, es geht nicht, und das darf man einem jungen Erwachsenen auch sagen. Da muss man ihm nicht wie einem bemitleidenswerten elfjährigen Kind über den Kopf streichen. Sie fordern, dass die Stadt Olten respektive der Stadtrat die globale Erwärmung auf plus 1,5 Grad Celsius begrenzt. Die globale Erwärmung, nicht die globale Erwärmung beschränkt auf Olten. Die globale Erwärmung beschränkt. Wie will die Stadt Olten die globale Erwärmung auf einen bestimmten Grad Celsius begrenzen? Das ist schlicht nicht möglich. Es ist ausgeschlossen. Auch wenn die Idee gut ist, ehrenhaft. Aber es ist nicht möglich. Ich war nie gut in Physik. Aber der Globus ist nicht nur Olten. Wenn wir dies ernst nehmen, müssen wir dem Stadtrat irgendwie die Kompetenz geben, dass er die Klimapolitik von Amerika, Indien und China und sonst noch von einigen Ländern macht, dass wir realistischerweise irgendwo in die Region kommen würden, die Ihr da fordert. Deshalb muss man es sagen. Dann nimmt man diese Leute auch ernst. Es ist zwar vielleicht gut gemeint, aber nicht gut gemacht, weil es nicht umsetzbar ist. Ich finde, wenn wir jetzt so tun, als ob dies unterstützungswürdig wäre und dem zustimmen, machen wir einfach so etwas Politik für die Galerie. Uns allen ist klar, dass es nicht geht. Ich finde, dann sollte man auch sagen, dass es nicht umsetzbar ist. Gleichwohl noch ganz kurz zu dem, was Florian Eberhard vorhin gesagt hat. Ich war auch 14 Jahre lang Vegetarier. Aber das tut nichts zur Sache. Diese Sache mit der Eigenverantwortung und dass man zuerst bei sich selber anfängt, finde ich wesentlich, und das finde ich auch an der Kanti wesentlich. Ich weiss nicht, wie es heute ist. Ich hoffe, es hat ein Umdenken

stattgefunden oder es findet noch ein Umdenken statt. Ich weiss einfach, wie es bei mir war. Unsere Kantiklasse ist mehrfach geflogen, nach Helsinki, nach Lissabon. Ich habe vorhin meinen Nachbarn gefragt. Er ist auch geflogen. Es war Standard, dass man für die Maturreise fliegt. Ich gebe Dir recht. Ich finde, dort muss man ansetzen. Wenn die jungen Schülerinnen und Schüler jetzt sagen, dass sie dies ändern wollen und darauf verzichten, fände ich dies topp. Dort kann man konkret etwas tun. Dann würden sie es besser machen, als wir es früher gemacht haben. Wir haben uns darüber nicht solche Gedanken gemacht. Ich bin gerne nach Helsinki und Lissabon gegangen. Diese Diskussionen hat es damals noch nicht so gegeben. Aber ich finde entscheidend, dass man sich dort einsetzt. Wenn es Lehrerinnen und Lehrer geben sollte, die diese Streiks nicht ernst nehmen und die Maturreise mit dem Flieger bewältigen möchte, weist sie darauf hin und macht konkret etwas in Olten und für Olten.

Daniel Kissling: Gerade zu Dir, Christian. Soweit ich weiss, fliegen die Maturklassen nicht mehr, unter anderem ist dies auch mit eigener Initiative passiert. Ich denke auch, dass sich ganz viele dieser Leute, die heute hier sind und auch Klimastreik machen, schon bewusst sind, dass sie nicht einfach irgendetwas machen und etwas Anderes fordern können. Das wird permanent unterstellt. Schaut zuerst einmal selber. Werft zuerst einmal Euer Handy weg. Welcher Blödsinn. Dies gesagt, ist dies ein einfaches Argument zum Abwischen. Immer sagen, die Anderen sollen es zuerst besser machen, und dann dürfen sie Forderungen stellen. Woher kommt diese Idee? Das ist einfach nicht wahr. Es ist bewiesen, dass zum Beispiel ein Grossteil der Umweltverschmutzung nicht davon kommt, dass man selber nicht schaut, sondern dass es die Industrie ist, dass es der Verkehr ist. Das kannst Du ihnen jetzt nicht vorwerfen, dass sie alle mit dem Auto herumfahren. Auch noch etwas, was man sagen muss. Dass man jetzt darauf beharrt und Details macht, ist gut und richtig, Aber wenn man es auch genau liest, steht hier nichts von Notrecht, und es steht nichts davon drin, dass der Stadtrat bei Donald Trump anrufen muss. Es ist vielleicht nicht ganz perfekt formuliert. Aber was steht drin? Der Stadtrat solle aufzeigen, wie er dies machen will. Er soll darlegen, was er gemacht hat, und er soll in seine Entscheidungen für die Zukunft die ganze Diskussion und das ganze Problem, das am Himmel oben droht, mit einbeziehen. Das steht hier drin. Ist es perfekt formuliert? Vielleicht nicht. Spielt es eine Rolle? Von mir aus gesehen, nicht ganz ehrlich, und jetzt kannst Du wieder sagen, das ist nicht gut gemachte Politik. Wenn nachher jeder der Reihe nach sagt, schön, seid Ihr da, aber ich habe noch eine Stunde für Wirtschaft für Euch bereit, ah, ich habe eine Stunde für Politikwissenschaften bereit, ah, ich habe eine Stunde für Geschichte für Euch bereit, dann bin ich leider derjenige, der Politik für Galerie macht und sagt, gut, machen sie es, gut, haben sie den Mut, weil von uns ihn niemand hatte.

Luc Nünlist: Raphael, ich habe mir auch überlegt, ob ich etwas zur Zuwanderung sagen soll. Ich möchte nichts dazu sagen, ausser meine Empörung zum Ausdruck bringen, dass ich mir dies hier im Rat anhören muss. Diese Argumentation finde ich wirklich poling. Ich weigere mich ferner, gelten zu lassen, dass sich Olten aus formalistischen Machbarkeitsgründen in die Tatenlosigkeit zurückziehen soll. Wir ziehen uns einfach aus der Verantwortung eines Abkommens, das die Schweiz ohnehin unterzeichnet hat. Natürlich sind wir ein Teil derjenigen, die Verantwortung übernehmen wollen, die Verantwortung übernehmen sollten und dies auch wollen. Mit dem Verweis darauf, der unehrliche Notstand, nimmt sich der Stadtrat das Recht heraus, Delémont, London, Los Angeles, wie es Corina aufgezählt, quasi in eine Unehrllichkeit hineinzudrängen. Das finde ich abenteuerlich. Dass den Klimawandel menschengemacht ist und notabene der CO₂-Ausstoss zu 70 % von zehn Grosskonzernen herkommt, bezweifelt hier niemand. Das hoffe ich. Dass wir als Gesellschaft, wir alle hier, dazu beigetragen haben, in welchem Schlamassel wir heute sitzen, ist folglich eigentlich nicht bestritten. Die Frage ist jetzt nur noch, bekennen wir uns zur aktuellen Situation oder leugnen wir sie? Übernehmen wir Verantwortung, oder versuchen wir einfach, zech zu prellen und sie auf die nächste Generation abzuwälzen? Die Volksmotion anzunehmen bedeutet leider noch keinen radikalen Kurswechsel. Es bedeutet auch nicht, dass Unterzeichnete dieser Motion oder Leute, die diese Motion jetzt überweisen, nie mehr in ein Flugzeug steigen dürfen. Wer so etwas behauptet, ist einfach lächerlich. Es bedeutet lediglich das solidarische Akzeptieren der eigenen Verantwortung und einem übergeordneten Klimaabkommen, dem wir ohnehin angehören. Wenn sich der Stadtrat nach

der Zustimmung von übergeordneten Instanzen sehnt, kann er zum Beispiel Rückgriff auf die 195 Staaten, die dieses Abkommen unterzeichnet haben, nehmen oder im Fall der FdP vielleicht auf Petra Gössi. Ich möchte aber wirklich dringend davor warnen, hier jetzt einfach staatsrechtliche Vorträge zu halten, altväterlich auf die Schulter zu klopfen, aber handlungsfrei zu bleiben. Ich möchte wirklich darum bitten, dass wir jetzt dieser Motion zustimmen, und sollten Mitglieder dieses Parlamentes mit dem Gedanken spielen, diese Volksmotion jetzt abzulehnen, dann dreht Euch noch schnell um, schaut nach hinten und schaut diesen Leuten, die Eure Rechnung zahlen, in die Augen. Entschuldigt Euch oder wenn nicht, dann dankt wenigstens. Merci.

Muriel Jeisy: Ich wollte hier einfach auch noch auf einen Punkt zu sprechen kommen. Der Einsatz, das Engagement und eben auch die Eigenverantwortung, die betont wird, sind sicher toll. Es werden aber hier schon recht heftige Wörter wie existenzbedrohende Krise und Notstand verwendet, die meines Erachtens einfach schon etwas über das Ziel hinaus schießen. Nichts destotrotz bringt Euer Einsatz sicher ganz viel. Wie Ihr gehört habt, gibt es sehr viele, die auch selber reflektieren. Das bringt ja auch schon sehr viel, wenn jeder überlegt, was sein Beitrag auf welchem Weg ist und was er auch selber für das Klima tut. In diesem Zusammenhang und auch weil die Eigenverantwortung mehrfach betont wurde, möchte ich auch noch einmal sagen, es geht nicht darum zu sagen, andere sollen oder als Vorbild, sondern es ist einfach wirklich auch glaubwürdiger, wenn man so etwas einreicht, wenn man dann halt auch selber mit sehr gutem Beispiel vorangeht. Das ist meine persönliche Meinung. In diesem Zusammenhang hätte ich auch noch ein Anliegen, das ebenfalls mit dem Klima zu tun hat. Es ist das Thema Littering. Gerade nach dieser Demo, als dies in Olten stattgefunden hat, haben nämlich nachher sehr viele Plakate und Banner herumgelegen. Hier wäre es halt auch toll, wenn man auch intern in dieser Gruppierung dafür schauen könnte, dass dies nicht passiert. Das ist auch sehr schädlich für die Umwelt.

Simon Muster: Einfach für diejenigen, die jetzt zum ersten Mal im Parlament sind. Macht Euch keine Illusionen. Wenn es um niederschwellige Umsetzungen geht, die im Parlament zur Diskussion kamen, die man günstig hätte umsetzen können. Es waren jetzt genau die gleichen Leute, nämlich die SVP, FdP und CVP dagegen. Zum Beispiel Verbot von Schottergärten oder bei einem Baumprogramm oder beim Mobilitätsplan, den sie ablehnen, welcher ganz klar Umweltziele anbringt. Es ist natürlich klar, dass diese Parteien ein Interesse haben, Eigenverantwortung zu betonen. Eigenverantwortung bedeutet im Endeffekt, man individualisiert es. Die Leute, die wirklich verantwortlich sind, können sich nachher verstecken. 71 % des CO₂-Ausstosses werden von 100 Firmen geschaffen. Wenn Ihr hingehst und den Leuten sagt, jetzt solltest Du in Deinen fünf Wochen nicht fliegen, macht dies ein Argument vielleicht glaubhafter. Das stimmt, Muriel. Aber das ist nicht ein argumentativer Inhalt eines Arguments. Du spielst nur darauf, dass jemand glaubwürdiger wird. Aber darum geht es gar nicht. Es geht jetzt darum, dass wir den Klimawandel abwenden können. Ihr könnt jetzt immer warten, bis der eine glaubwürdige Mensch kommt. Aber Ihr werdet auch ihn wieder herunterputzen. Wir hatten niederschwellige Vorschläge. Wir hatten Sachen, die kostengünstig waren. Ihr seid immer geschlossen dagegen gewesen. Was ich aber das Beleidigendste fand, vielleicht auch als jüngstes Parlamentsmitglied hier, war, als Matthias Borner gesagt hat, er sei überrascht oder es komme ihm manchmal schräg hinein, wenn junge Leute akademisch argumentieren. Dass Du diesen Leuten in die Augen schauen und dies sagen kannst, das finde ich überraschend. Ihr müsst einmal ein wenig in der Realität ankommen. Ihr habt noch vier Sitze. Die junge SP hat drei Sitze. Junge Leute machen schon lange Politik, die mindestens so gut überzeugt wie Eure. Ihr kommt wieder mit Zuwanderung, bei jedem Thema, Sozialhilfe, Umwelt. Junge Leute haben Visionen. Sie wollen etwas ändern. Ihr macht immer nur Angst und wollt verhindern. So, wie Ihr es heute gemacht habt, werdet Ihr garantiert nicht noch mehr Erfolg in der Politik haben. Ihr nehmt die jungen Menschen nicht ernst, und Ihr habt keinen positiven Plan für die Zukunft.

Myriam Frey Schär: Ich möchte auch noch einmal in die Kerbe schlagen, in die schon verschiedentlich geschlagen wurde, nämlich die Sache mit macht doch ein wenig etwas. Erstens einmal kann man diese zwei Sachen völlig entkoppeln. Jeder kann privat etwas tun, und man kann von Staates wegen etwas tun. Für mich ist es vor allem ein Ausdruck. Wir

haben so den Impuls. Es kommen junge Leute. Wir sagen, wir begegnen ihnen Augenhöhe. Aber was wir de facto eigentlich sagen ist, wenn Du das Zimmer aufgeräumt hast, kannst Du doch noch Fussball spielen gehen. Das ist, was wir machen. Ich finde es absolut vermessen, Aussagen darüber zu machen, was über 60'000 Jugendliche in ihrer Freizeit tun und nicht tun. Es ist nicht relevant. Je mehr sie tun, desto besser. Je mehr wir tun, desto besser. Überhaupt am Wichtigsten ist, wenn die öffentliche Hand, der Staat mit einem guten Beispiel vorangeht und sagt, jawohl, wir wollen, dass Ihr die Zukunft habt, die Ihr verdient und die jeder Mensch haben sollte. Hört doch einmal auf mit diesem ja, müsst halt zuerst. Merci.

Laura Schöni: So, wie Ihr im Moment argumentiert, diejenigen, die gegen diese Motion sind, tönt es à la ja, wischt doch zuerst vor Eurem eigenen Gärtchen. Habt Ihr Euch informiert, was all die Leute hier vor ihrem eigenen Gärtchen schon gewischt haben? Wir haben zusammen einen Riesenhaufen Dreck wegzuwischen. Das ist Tatsache. Ich kann nicht verstehen, wie man einfach so haltlose Argumente hat oder sagt macht. Weiss man denn, was sie schon gemacht haben? Fliegen wir doch nicht mehr in der Kanti. Ich habe 2012 die Matur gemacht. 2011 hat der letzte Flug von Maturreisen stattgefunden. Es sind acht Jahre her. Ich kann hier einfach die Argumente nicht verstehen.

Heinz Eng: Ich möchte es nicht verlängern, vielleicht zwei, drei Voten. Ganz zuerst: Trotz meines Universitätsdiploms, Simon Muster, hoffe ich, dass meine Ausführungen für Dich nicht allzu akademisch tönen. Zur Maturreise: Mein Sohn ist heute Abend nach Hause gekommen und hat gesagt, sie würden im Herbst auf die Maturreise gehen. Es ist ohne Flugzeug. Das kann ich bestätigen. Bei den Maturreisen wird nicht mehr geflogen. In diesem Sinne ist dort sicher schon ein deutliches Zeichen gesetzt. Heute Abend fehlt mir aber in dieser ganzen Diskussion, die sehr bewegend ist, hüben wie drüben, mit Aspekten, die ich bis jetzt noch nie gehört habe, Zuwanderung usw., das Schlüsselwort. Es geht um den Energiebedarf. Wenn man weltweit, global, im Kleinen, lokal, regional, schweizweit etwas machen will, geht es schlussendlich um die Verringerung unseres Energiebedarfs. Das trägt letztlich an diesem Klima, vor allem dem CO₂-Ausstoss, Schuld. Wir haben eine Welt. Es ist ganz klar. Wir verbrauchen im Moment Ressourcen von anderthalb bis zwei Welten. Wenn dies so weitergeht, brauchen wir drei oder vier Welten, und irgendeinmal „lupft“ es das Ganze. Was dagegen gemacht wird, da gibt es Studien, auch akademische Studien, die sagen, dass man vermehrt regenerative Energiequellen nutzen soll. Eugen hat vorhin das Alter angesprochen. Ich bin auch ein Kind aus den siebziger Jahren. Ich bin ein Kind der 2'000-Watt-Gesellschaft. Wir waren zu fünft in einer Viereinhalb-Zimmerwohnung, hatten einen Fernseher, einen Radio und in jedem Zimmer war ein Heizkörper und ein Lichtkörper. That's it. Nichts Anderes. Das Ganze, das wir heute haben, den Energiebedarf, müssen wir in den Griff bekommen. Dann gibt es aber auch gute Beispiele. Verbrennungsmotoren, die immer effizienter werden. Daniel Probst hat es auch angetönt. Mit den Maschinen usw. Das Ganze heisst schlussendlich aber auch etwas zwischen Pest und Cholera wählen. Da hat Matthias auch nicht ganz unrecht. Deutschland hat eine ganz, ganz schlechte CO₂-Bilanz. Warum? Weil sie ihre verdammten Kohlekraftwerke haben, den Ausstieg aus der Atomenergie 2020. Es ist noch zu wenig von diesen regenerativen Energiequellen vorhanden. Dann stellen sie ihre Atomkraftwerke ab und setzen ihre Braunkohle- und Gaskombi-Kraftwerke in Gang, um den Energiebedarf entsprechend hoch zu halten. Frankreich hat eine sehr gute CO₂-Bilanz, das beste Land in ganz Europa. Warum? Sie haben 55 Atomreaktoren. Dann machen sie zum Vorwand, sie schliessen Fessenheim, damit die Umweltschutz-Aktivisten etwas beruhigt sind. Es wird ihnen ein wenig Sand in die Augen gestreut, und in der Normandie bauen sie wieder vier Atomreaktoren, um den ganzen Energiebedarf zu decken. Zudem werden sie auch entsprechend Strom exportieren. Was uns an Strom fehlt, kommt dann von dort. Schlussendlich haben wir den Atomstrom, bei dem die ganze Endlagerung usw. nicht gesichert ist. Also Pest und Cholera. Der Energiedarf fängt im Kleinen an. Der Stadtpräsident hat es gesagt. Halt vielleicht auch einfach einmal eine Wohnung sanieren, eine Wohnung isolieren, damit sie weniger Energie braucht usw. Wir könnten hier noch lange weiterfahren. Ich unterstütze dies, weil ein Zeichen gesetzt wird. Es ist ein Zeichen, nicht mehr. Es ist auch kein Notstand in diesem Sinne. Aber es braucht uns alle. Vor allem denken wir an den Energiebedarf daran. Ich versuche auch ab und zu, auf das Auto zu verzichten, einmal zu Fuss zu gehen. Das fängt im Kleinen an, und ich

glaube, das ist sicher der richtige Weg, und vor allem sind nachher im Grossen in den nächsten paar Jahrzehnten die Politiker gefordert, damit die Energieversorgung all unsere Bedürfnisse trotzdem abdecken kann und dem Klima auch nicht abträglich ist.

Andrea Leonhardt Mohr: Ich weiss nicht, wie viele Leitbilder die Stadt Olten hat und in wie vielen das Wort Partizipation steht. Es ist aus meiner Sicht wirklich Partizipation, dass sich Menschen engagieren und ihre Visionen einbringen. Das bedeutet auch, dass wir uns – es ist schon mehrmals gesagt worden – aus der Komfortzone bewegen und Partizipation so verstehen, dass andere die Arbeit für uns machen, sondern dass wir uns bewegen lassen und auch bereit sind, die Visionen, die in unser Parlament hineingetragen werden, auch ernst nehmen. Insofern könnte man den letzten Satz auf Seite 2 wegen deklaratorischer Charakter und unehrlich auch umschreiben und sagen, er hat zwar auch deklaratorischen Charakter, ist aber durchaus visionär, und deshalb ist er wichtig für unsere Stadt, und ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir uns bewegen lassen und die Motion erheblich erklären.

Felix Wettstein: Ich nehme Bezug auf das von Muriel Jeisy Gesagte. Vielleicht könnt Ihr Euch noch erinnern. Du hast gesagt, mit dieser Formulierung habt Ihr über das Ziel hinausgeschossen. Ich komme nicht zu diesem Schluss. Das Ziel ist ganz klar formuliert. Netto null Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030, auch durch unseren Anteil in Olten. Solange wir noch nicht an diesem Ziel sind, haben wir nicht über dieses Ziel hinausgeschossen.

Muriel Jeisy: Ich hätte nur kurz auf Simon Muster entgegnen wollen. Wenn er schon so angreift, dass er bitte bei der Wahrheit bleibt. Den Mobilitätsplan hat die CVP überhaupt nicht abgelehnt. Es ist um das Parkierungsreglement gegangen, das wir unterstützt haben, auch noch mit Beat an vorderster Front. Ich finde es nicht ganz richtig, wenn hier einfach auch falsches Zeug verbreitet wird.

Dr. Christoph Fink: Ich möchte nur ein paar Sachen sagen. Mit den Initianten werde ich dann noch einen Termin vereinbaren. Ich kann mich an das Jahr 1985 erinnern. Damals war eine grosse Diskussion um das Thema – das weiss wahrscheinlich niemand hier – nämlich Waldsterben mit Reklame, Propaganda von Hans Erni, des berühmten Künstlers aus Luzern, der inzwischen über 100-jährig verstorben ist. Was ist mit dem Waldsterben passiert? Ich war damals Bürgerrat, und die Bürgergemeinde Olten ist ja ein grosser Waldbesitzer der Region. Der Oberförster hat auch gesagt, was jetzt dann passieren wird. Es sei in Tschechien gewesen, und dort seien einfach alle Wälder abgestorben. Man hat sie fotografiert. Die Wälder in der Region Olten stehen immer noch wie eh und je. Dann kann man noch sagen, dass wir von der CVP vor allem auf Subsidiarität und Freiwilligkeit setzen. Das heisst, jeder soll zuerst einmal freiwillig etwas tun. Dann könnte man beispielsweise fragen, wie ist es mit der Kantonsschule Olten? Wie ist der CO₂-Ausstoss der Kantonsschule Olten und ihren Schülerinnen und Schülern? Ich kann noch sagen, dass meine Tochter auch die Kantonsschule besucht hat, und die erste Flugreise, die sie gemacht hat, war zwangsweise in der Kantonsschule Olten mit 18 Jahren. Wir sind mit unserer Tochter nie ins Ausland in die Ferien gegangen und auch nicht mit dem Flugzeug.

Christian Werner: Viel bringt es wahrscheinlich nicht, und ich hätte eigentlich auch schon viel früher etwas sagen wollen. Ich mag nicht alles eingehen, was gesagt wurde. Aber ich möchte einfach noch kurz festhalten, dass ich es ein wenig schade finde, wie sich gewisse Leute jetzt hier anbieten und auch profilieren. Wenn man von dort drüben hört, wie empört man sei, und man nachher gleichzeitig eine andere Meinung als hohl bezeichnet, finde ich dies intolerant und traurig. Eine andere Meinung ist nicht einfach hohl, und mit einer anderen Meinung soll man sich auseinandersetzen. Man soll diskutieren. Aber wenn man hier den Toleranten vorgibt und nachher die Meinungen von anderen einfach als hohl bezeichnet, Luc, finde ich dies schwach. Das spricht nicht unbedingt für eine gute Diskussionskultur. Das Andere einfach noch einmal: Worum geht es? Wir sind hier ein kleines Stadtparlament der Stadt Olten. Eine sympathische Stadt, aber kleine Stadt. Simon hat vorhin völlig zu Recht gesagt, dass im Vergleich zu diesen Firmen, die Du genannt hast, was CO₂-Emissionen

anbelangt, ein Privatflug von xy während der fünfwöchigen Sommerferien eigentlich nichts ausmacht. Das ist ein krasses Missverhältnis. Aber hier reden wir über die globale Erwärmung. Ich glaube, da gibst Du mir recht. Wenn wir jetzt schauen, wie gross der von der Stadt Olten verursachte Anteil an der globalen Erderwärmung ist, kommen wir wahrscheinlich zu einem ähnlichen Schluss. Er ist irgendwo im Promill-Bereich. Aber wahrscheinlich hat er 0,000 und sonst noch ein paar Zahlen dran. Ich will damit sagen, dass wir heute nur die Stadt Olten in die Pflicht nehmen können. Wir können nur Politik für die Stadt Olten machen und nicht für alle andere. Deshalb sage ich, es ist ein Stück weit diesen Schülerinnen und Schülern auch Sand in die Augen gestreut, wenn man vorgibt, dass dies nachher etwas daran ändern würde. Man kann es sagen, wie Heinz Eng, im Sinne von ein Zeichen setzen. Man kann sagen, gut, wir setzen ein Zeichen, auch wenn wir wissen, dass es nichts bringt und nichts damit passiert. Aber ich glaube, wir streuen den Leuten Sand in die Augen, wenn wir ihnen vorgeben, dass dies nachher etwas ändert. Wir können nur die Stadt Olten in die Pflicht nehmen. Das ist ein krasses Missverhältnis. Ich meine, Ihr wollt die globale Erwärmung begrenzen und den Stadtrat beauftragen. Aber niemand erklärt, wie dies möglich sein soll.

Ernst Eggmann: Ich bin auch einer der älteren Garde, und ich äussere mich ebenfalls zu dieser Geschichte. Ihr seht, es ist nicht einfach. Es ist sehr kompliziert. Wir Alte haben halt hier etwas andere Vorgaben. Ich komme aus der Zeit der Globuskrawalle oder Hippie-Bewegung, Bewusstseinsweiterung usw. Ihr macht es besser, indem Ihr keine Krawalle auslöst. Das finde ich super. Ich merke, Ihr habt eine Betroffenheit ausgelöst. Jeder fühlt sich hier selber von Euch in die Pflicht genommen und verteidigt sich auch. Das ist auch richtig so. Für mich kommt es überhaupt nicht darauf an, wie es jetzt entschieden wird. Ich leiste meinen Beitrag genau gleich und dies seit Jahrzehnten. Das erwarten wir auch von Euch. Wenn es heisst, ja, Ihr könnt hier nicht immer gross den Zeiger daraufstellen. Macht doch zuerst selber einmal. Warum denn nicht? Warum soll ich nicht sagen können, räum zuerst einmal das Zimmer auf und dann kannst Du Sport treiben? Wenn ich dies selber auch tue, warum soll ich dann nicht sagen können, macht dies so und so. Ich habe auch ein paar Sachen aufgeschrieben, über die man eventuell, wenn Ihr es nicht schon macht, auch nachdenken könnte. Zum Beispiel braucht Facebook die Energie eines Atomkraftwerkes. Alle sind auf Facebook. Ich bin nicht dabei. Deshalb kann ich dies gut sagen. Schön, oder? Und, und, und... Es gibt so viele Sachen. Übrigens war das bei Dir auch noch wichtig. Du hast betont, dass Ihr parteilos seid. Es geht nicht um eine Partei. Ich bin auch der Einzige hier, der in keiner Partei ist. Deshalb darf ich dies so frei und offen sagen. Ich stelle fest: Warum hatten sie in der Weltklimakonferenz ein solches Puff und konnten keine Vereinbarung treffen? Genau wegen dieser Themen. Es ist genau deshalb. Das kommt hier auch so durch. Vielleicht wäre es besser gewesen, Ihr hättet versucht, irgendeine Vereinbarung oder ein Protokoll zu erreichen, dass man sich dazu bekennt, was wir übrigens schon tun. Das kann ich wirklich sagen. Ich sehe aber hier auch eine Motion. Da wird verlangt, dass der Stadtrat verpflichtet wird. Ich habe einfach das Gefühl, da geht Ihr zu weit, und das können wir so nicht einfach unterschreiben. Das ist das grosse Problem heute. Ich glaube, mit dem anderen sind wir alle einverstanden. Wir versuchen überall, Einsparungen zu machen. Ihr fliegt nicht, wie ich auch. Mit 65 Jahren habe ich bis jetzt vier Flüge von anderthalb Stunden gemacht. Vielleicht tut Ihr dies in Zukunft auch, geht Ihr mit dem Auto oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Aber als Mahnruf finde ich es richtig, und Ihr habt uns erreicht. Damit müsst Ihr Euch wahrscheinlich heute zufriedengeben.

Dr. Arnold Uebelhart: Es ist ja jetzt schon viel gesagt worden. Aber es scheint mir, wir haben uns etwas verloren. Jemand hat gefragt, was können wir überhaupt machen? Wie sollen wir uns verhalten? Wie auch immer. Wie ist dies überhaupt möglich? Wir sind eine kleine Stadt. Jetzt habe ich noch einmal die vier Punkte angeschaut. Den Klimanotstand habt Ihr ja als verfassungsrechtlichen Ausdruck definiert. Das muss ja nicht unbedingt verfassungsrechtlich angeschaut werden. Notstand gibt es überall. Das kann es andernorts geben. Notfälle, Notfallmedizin usw. sind nicht immer ein verfassungsrechtlicher Notstand. In Punkt 1 wird ja nur gefordert, der Stadtrat solle anerkennen, dass "die menschengemachte globale Anerkennung als eine Krise angesehen werden muss". Wenn man dies natürlich verneint, ist es klar. Das kann der Stadtrat machen. Das ist in Ordnung. Was Christian immer

gesagt hat, die Sache mit Punkt 2, wenn man ein akademisches Argument bringen will, sagt Immanuel Kant natürlich, wir müssen uns am Ort so bewegen, wie wenn wir uns auf der ganzen Welt bewegen würden. Der Mensch neben mir ist das Angesicht, wie das Gesicht der Menschheit. Es liegt absolut drin, dass man hier zustimmen kann. In Punkt 3 wird ja nur gefordert, dass die zukünftigen Handlungen und Entscheidungen des Stadtrates unter Einbezug dieser Auswirkungen gefällt werden. Das ist absolut möglich. Das Problem ist natürlich, dass der Stadtrat dies nicht selber entscheiden kann. Das ist schon klar. Da sagt manchmal ein reaktionäres Gemeindeparlament auch noch etwas. Aber item, er kann dies vorgeben. Das ist absolut möglich. Viertens informiert er halt die Leute, Behörden. Ihr macht ja etwas, mit dem Velo zur Arbeit. Man solle Auto teilen usw. Ich sehe hier überhaupt kein Problem, was nicht gehen soll. Ich würde jetzt sagen, wir verhalten uns so, als ob ein Klimawandel stattfindet. Wir können auch dies machen. Man fängt bei sich selber an. Es ist vieles nicht klar, wie man viel gesagt hat. Matthias Borner, Du mit der Wissenschaft, das ist schon richtig, Wissenschaft ja oder nein, Logik. Aber wir verhalten uns ja auch im Leben nicht wissenschaftlich, sondern wir verhalten uns lebensklug, phronesis, wie man sagt, und dann macht man Annahmen und verhält sich danach. Ich würde sagen, wir können hier gut zustimmen. Danke.

Michael Neuenschwander: Merci, Noldi. Ich würde eigentlich auch gerne zurückkommen. Ich möchte gerne beliebt machen, dass wir dies wirklich erheblich erklären können und gar nicht extra formalistisch tun müssen. Es geht darum, global zu denken, eben auch lokal zu handeln bei diesen etwa 100 Millionen Fass Öl, die auf der Welt momentan täglich verbraucht werden, und dann sind Kohle und Gas noch nicht dabei, einfach die anderen fossilen Stoffe, ein paar nämlich auch in Olten, die verbraucht werden. Von denjenigen, die in Olten verbraucht werden, sind sehr wahrscheinlich etwa drei Viertel in den nächsten Jahren ohne grössere Probleme einzusparen. Dafür möchten wir eigentlich schon, dass man auch eine gewisse Vision von unserer Stadtregierung hat, die wir natürlich nachher als Parlament dann hoffentlich auch nachempfinden. Von daher sollten wir jetzt dieses Zeichen setzen und diese Motion erheblich erklären.

Dr. Christine von Arx: Ich denke, wir müssen wieder zurückkommen zu dem, was wir eigentlich diskutieren. Wir diskutieren eine Volksmotion und geben kein Glaubensbekenntnis zur globalen Erwärmung und ob man daran glaubt oder nicht glaubt, ab. Einfach eine Volksmotion mit einem etwas dramatischen Titel, zugegeben, der es aber trifft. Man kann das Wort Notstand tatsächlich verschieden definieren, auch juristisch und nicht nur verfassungsrechtlich, wie es der Stadtrat tut. Es kann auch bedeuten, dass man eine Handlung vornimmt, die etwas aus einer unmittelbaren und nicht anders abwendbaren Gefahr rettet. Darum geht es hier eigentlich. Wie es Noldi schon gesagt hat, muss man wie bei jeder anderen Motion, die wir hier behandeln, auch den Text nehmen. Der Stadtrat anerkennt, dass es ein Problem gibt. Ja. Das ist kein Problem. Das wird gefordert. Es ist ein Ausdruck von Eigenverantwortung, dass man mindestens einmal anerkennt, dass es ein Problem gibt. Der Stadtrat verpflichtet sich, etwas gegen die globale Erderwärmung zu tun. Verpflichten heisst, einen Beitrag leisten. Da steht nichts Anderes. Es steht auch nicht drin, dass man irgendetwas reglementieren muss, dass man ein Verbot aufstellen muss, dass man irgendjemandem etwas wegnehmen will. Hier steht nur, leistet einen Beitrag. Punkt 3: Alle zukünftigen Handlungen und Entscheide des Stadtrates werden durch einen bestimmten Gedanken geleitet. Ich finde es richtig, dass man dazu steht. Das kann er tun. Es ist kein Problem. Es gibt keinen Grund, wieso man dagegen sein soll. Das Vierte ist eine Informationspflicht an den Stadtrat über ein bestimmtes Problem. Ja, das finde ich richtig. Als Letztes möchte ich noch sagen, dass es eine Volksmotion ist, die man anders betrachten muss, als wenn eine Motion von uns als Parlamentsmitglied kommt, das sich gewöhnt ist, mit diesen Instrumenten zu arbeiten. Ich finde es gut, dass einmal irgendjemand in die Gemeindeordnung geschaut hat und dieses Instrument gefunden hat und davon Gebrauch macht. Das finde ich als überzeugte Demokratin fantastisch. Die Motionärinnen und Motionäre verdienen es jetzt nicht, dass man sie quasi abkanzelt, weil sich ein Teil der jungen Leute, und sie sind junge Leute, halt anders verhält als sie. Solche Vorwürfe werfen wir uns hier auch nicht gegenseitig an den Kopf. Deshalb bitte ich Euch, dieser Volksmotion zuzustimmen.

Urs Knapp: Ich möchte die Parlamentspräsidentin direkt ansprechen, weil sie in einem Dilemma ist. Laut Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments, und dafür ist die Parlamentspräsidentin zuständig, Artikel 34 Absatz 2, und der Stadtrat zitiert dies auch: „Über Anträge, deren finanzielle Tragweite nicht abgeklärt ist, darf nicht abgestimmt werden“. Die Parlamentspräsidentin dürfte dies nicht zur Abstimmung bringen. Ich möchte eine Lösung vorschlagen, wie man trotzdem darüber abstimmen kann und zwar, wenn man dies als Postulat macht. Man kann über all das, was wir heute diskutiert haben, die wichtige Diskussion, über all das, was man machen möchte, genau gleich reden. Man muss halt auch sagen, wir haben eine Geschäftsordnung, und für diese Geschäftsordnung sind die Parlamentspräsidentin und das Parlamentsbüro zuständig. Sie ist so glasklar formuliert. Man darf dies nicht zur Abstimmung bringen. Man kann es als Postulat zur Abstimmung bringen. Daniel Probst hat auch schon gesagt, ich nehme an, dann wird dies grossmehrheitlich überwiesen. Dann haben wir diese Ziele erreicht, und wir sind auch mit der Geschäftsordnung konform.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Besten Dank für den Lösungsbeitrag. Ich möchte noch den Rechtskonsulenten fragen. Das ist so. Wir stimmen nicht ab. Wir dürfen nicht abstimmen, weil wir die finanziellen Auswirkungen nicht haben. Patrik, könntest Du bitte Stellung nehmen?

Dr. Patrik Stadler: Es geht ja heute Abend darum, eine Motion erheblich zu erklären oder nicht. Eine Motion erheblich erklären bedeutet, dass der Stadtrat aufgefordert wird, dem Parlament eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Heute Abend wird noch nicht über finanzielle Folgen abgestimmt, sondern über das, was der Stadtrat machen soll, das dann unter Umständen finanzielle Folgen auslöst, und das Parlament nachher die Möglichkeit hat, darüber abzustimmen.

Luc Nünlist: Wir haben etwas den Vorwurf der Profilierung. Dreimal hast Du hohl gesagt. Ich habe mein Votum noch einmal durchgelesen. Ich habe nie hohl gesagt. Das Protokoll wird mir vermutlich recht geben, aber vielleicht auch Du. Ich habe gesagt abenteuerlich. Ich habe gesagt, ich möchte dringend warnen. Klar, ich habe unterstrichen, und ich wollte mich wirklich über die Verknüpfung empören. Wir reden hier über den Klimanotstand, den CO₂-Ausstoss und die Zuwanderung. Ich finde dies immer noch so. Aber etwas weiterführend: Zum Vorwurf, dass in dieser Motion konkrete Handlungsanweisungen fehlen, finde ich eigentlich zum Glück tut es dies, weil dies wirklich vermessen wäre. Insofern bin ich dankbar, dass sie etwas generell und im Stil einer allgemeinen Weisung gehalten ist. Noch eine Bemerkung: Bei den Klimastreiks in Olten lag nach dieser Kundgebung kein einziges Taschentuch auf dem Boden. Die Leute hier müssen sich nichts zum Vorwurf machen lassen. Entschuldigung, Profilierung: Ich hätte genau das Gleiche gesagt, wenn niemand hier sitzen würde, und Du weisst dies. Doch. Und ich sage es jedes Mal, wenn es mich empört.

Simon Muster: Ich mache jetzt etwas, gegen das ich vorhin geredet habe. Ich übernehme kurz etwas Eigenverantwortung, möchte mich bei der CVP/EVP/GLP entschuldigen. Ich habe die Vorstösse verwechselt. Besser gesagt, habe ich eine Auflistung gemacht und die CVP auch noch in diesen Haufen getan. Das tut mir leid.

Urs Knapp: Jetzt muss ich es halt gleichwohl noch einmal sagen. Was sagt der Stadtrat zur Meinung des Rechtskonsulenten? Der Stadtrat hat eine ganz andere rechtliche Beurteilung als sein Rechtskonsulent. Ist der Stadtrat der Meinung, dass seine Beurteilung korrekt ist oder nicht? Wenn sie korrekt ist, dürfte man nicht darüber abstimmen. Dann wäre vielleicht noch interessant zu wissen, ob der Rechtskonsulent so etwas nicht anschaut und weist er nicht darauf hin, dass es möglich ist.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Es ist relativ schwierig, sich über die Meinung des Rechtskonsulenten hinwegzusetzen. Schlussendlich sind wir ein politisches Gremium, das hier selbstverständlich eine Antwort parat hat. Wir stehen hinter dieser Formulierung im

zweitletzten Abschnitt, sonst hätten wir sie so nicht geschrieben. Für uns gilt das, was hier geschrieben ist, insbesondere der letzte Satz.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Möchtest Du am Antrag auf Umwandlung in ein Postulat festhalten? Dann würden wir die Motionäre fragen.

Urs Knapp: Ich glaube, das Erste ist einmal, dass die Parlamentspräsidentin nicht darüber abstimmen lassen darf. Ich würde es empfehlen. Das müssen die Motionäre selber wissen, dass sie umwandeln, weil sie genau die Ziele erreichen, die sie wollen. Aber sonst darf man nicht darüber abstimmen, und das wäre einfach schade.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Gut, dann seid Ihr, die Motionäre und Motionärinnen gefragt, ob Ihr bereit seid, die Motion in ein Postulat umzuwandeln?

Lukas Lütolf: Nein, wir sind nicht bereit.

Dr. Christine von Arx: Ich möchte nur noch zu den finanziellen Auswirkungen sagen, dass diese Volksmotion keine finanziellen Auswirkungen haben wird. Deshalb kann man darüber abstimmen. Es ist ein Anerkennen eines Problems. Es ist ein Beitrag leisten und keine Pflicht, auch nur irgendeinen Rappen auszugeben. Das steht hier nicht. Es ist ein Berücksichtigen eines Problems bei den zukünftigen Problemlösungen. Auch dies kostet noch nichts. Es ist ein gedankliches Mitdenken, so wie man immer mitdenkt, dass jeder Entscheid zum Wohl dieser Stadt sein muss. Das kostet auch nichts, und eine Information kostet per se auch nichts.

Heidi Ehram: Ich hätte noch eine Frage an Christine von Arx. Sie ist Verwaltungsrechtlerin und kann diese Frage vielleicht beantworten. In einem Votum vorher hat sie gesagt, diese Volksmotion sei in diesem Sinne nicht wie die folgenden Motionen zu betrachten. Ich möchte, dass sie dies noch etwas ausdeutcht. Kann man dann auch in der Annahme gehen, dass dies eine Anregung des Volkes ist? Diesen Begriff gibt es ja irgendwo in dieser ganzen Sache. Ich möchte von ihr eine Antwort dazu, was sie vorhin ganz konkret gemeint hat, Volksmotion gleich nicht Motion, wie wir es nachher haben werden.

Dr. Christine von Arx: Ich kann schon etwas dazu sagen. Was ich damit zum Ausdruck bringen wollte, ist, dass man an eine Volksmotion, die von Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt kommt, nicht die gleichen juristischen Massstäbe legen sollte, wie an Motionen oder Postulate, die von einem Parlamentarier kommen. Dass man das Ganze, wie wir sagen, bei Laieneingaben bei der Justiz halt so prüfen muss, dass man herausfindet, was die Leute gemeint haben und zwar im Gedanken, dass sie eine Motion ergreifen wollten, eine Motion, die an und für sich eine Handlungsanweisung und nicht ein Prüfungsauftrag ist.

Dr. Christoph Fink: In Artikel 16 der Gemeindeordnung steht, dass eine Volksmotion oder ein Volksauftrag „so zu behandeln ist wie ein Auftrag, wie eine Motion oder ein Postulat eines Parlamentsmitgliedes“. Das heisst, diejenigen, die einen solchen Auftrag einreichen, müssen sich bewusst sein, welche Handlung sie begehen und dies alles genau überlegen.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte einfach noch sagen, dass ich mich im Moment ziemlich im falschen Film fühle. Da haben wir eine Volksmotion, in der es darum geht, dass wir als kleine Stadt mit 20'000 Einwohnern genau diesen Beitrag leisten, unseren einzigen Planeten, den wir haben, lebensfähig zu erhalten. Und worüber diskutieren wir jetzt? Über irgendein verfluchtes Hurenkomma irgendwo in einem Text, das vielleicht nicht ganz korrekt ist oder irgendwie der Formalismus sonst nicht ganz korrekt ist. Sorry, ich fühle mich hier im falschen Film.

Beschluss

Mit 21 : 18 Stimmen wird die Volksmotion erheblich erklärt.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Wir haben jetzt fünfviertel Stunden als Erfolg über diese Motion debattiert. Ich hätte Euch Motionären eine Tulpe geschenkt, auch wenn Ihr nicht gewonnen hättet. Aber Ihr dürft Euch gerne bedienen. Die Tulpen sind vom Oltner Markt und aus der Schweiz. Dies zum Thema Nachhaltigkeit.
Es folgt Applaus.

Mitteilung an
Direktion Präsidium
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. März 2019

Prot.-Nr. 64

Dringliche Interpellation SP/JSP betr. «finanzielles Risiko für die Stadt Olten bei der Annahme der vom Kantonsrat beschlossenen Vorlage zur SV17 im Kanton Solothurn durch die Bevölkerung/Beantwortung

Mit Mail vom 22. März 2019 hat die Fraktion SP/JSP folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird gebeten, die folgenden Fragen im Hinblick auf eine mögliche Annahme der kantonalen Vorlage zur SV17 durch die Bevölkerung zu beantworten:

1. Wie gross sind die Steuerausfälle für die Stadt Olten nach Annahme der kantonalen Vorlage zur SV17 bei den folgenden Randbedingungen für die Jahre 2021 – 2030?
 - a. Das mittlere jährliche Wachstum der Steuerkraft bei den natürlichen und juristischen Personen (incl. Holdinggesellschaften) liegt bei 2%
 - b. Der Steuersatz beträgt für natürliche und juristische Personen dauernd 112% (Abweichung zum Finanzplan)
2. Wie entwickeln sich das jährliche Ergebnis und die Verschuldung pro Einwohner mit der unter 1. berechneten Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und den folgenden zusätzlichen Annahmen?
 - a. Das jährliche Investitionsvolumen wird konstant mit 14 Mio. angenommen (deutlich tiefer als für die Jahre 2019 – 2023 im aktuellen Finanzplan, die 14 Mio. Franken stellen einen angemessenen langfristigen Mittelwert dar)
 - b. Das jährliche Wachstum der Ausgaben wird entsprechend den Annahmen im Finanzplan bis 2030 extrapoliert.
3. Mit welchem Steuersatz kann mit den Ergebnissen aus 1. und 2. eine im Mittel ausgeglichene Rechnung erzielt werden unter Einhaltung der folgenden Bedingungen?
 - a. Die Steuersätze für natürliche und juristische Personen sind identisch.
 - b. Der Fehlbetrag darf in keinem Jahr die Summe von 5 Mio. Franken unterschreiten.
4. Mit welchen Verschiebungen vom Kanton auf die Gemeinden rechnet der Stadtrat, falls die Rechnungsergebnisse des Kantons negativer als in der Vorlage vorgesehen ausfallen sollten?
5. Welche Auswirkungen hätte die unter 1. berechneten Ergebnisse auf den kantonalen Finanzausgleich?

6. Gibt es bei den unter 1. bis 3. definierten Annahmen und Randbedingungen Werte, die der Stadtrat als falsch oder unrealistisch bewertet? Falls ja, wie müssen diese verändert werden mit welchen Konsequenzen?»

- - - -

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Vorbemerkung: Grundsätzlich muss vorausgeschickt werden, dass viele Parameter der aktuellen Vorlage noch nicht beziffert werden können. So sind z.B. die zusätzlichen Einnahmen z.B. aus Steuereffekten ordentlich besteuarter Gesellschaften (Bsp. Abschreibepaxis) bezüglich Höhe und Zeitraum sowie die Auswirkungen der Erhöhung der Dividendenbesteuerung nicht bekannt. Ebenso können die Mehrerträge aus der Anpassung des Kapitaleinlageprinzips bezüglich Höhe und zeitlichen Einflüssen nicht beziffert werden. Im Weiteren können die zusätzlichen Erträge aus der Bildungsoffensive nicht abgeschätzt werden. Diese sind auf 5 Jahre beschränkt. Inwieweit die Stadt – welche über eine sehr gute Schul-IT verfügt – profitieren kann, ist offen. Bei den Mindererträgen können die Mehrbelastungen aus der Patentbox oder den Abzügen aus Forschung und Entwicklung nicht beziffert werden.

Zu den Fragen:

1. *Wie gross sind die Steuerausfälle für die Stadt Olten nach Annahme der kantonalen Vorlage zur SV17 bei den folgenden Ran für die Jahre 2021 – 2030?*

Für die Berechnung dieser Frage geht der Stadtrat von den gesicherten Steuererträgen des Jahres 2017 aus, obwohl auch in diesem Jahr viele Steuerfaktoren erst provisorisch bekannt sind, oder noch gar nicht veranlagt sind (vgl. Beilage 1). Die Steuern haben sich in Olten ab den Jahren 2015 trotz Steuererhöhungen stark verbessert (vgl. Beilage 2).

Aktuell gilt in Olten immer noch ein Gemeindesteuerfuss von 108% sowohl für juristische als auch natürliche Personen. Durch die Anpassung der Steuerfüsse auf 112% sowie eines eher optimistischen Wachstums von 2% dürfte es für den Zeitraum 2021 – 2030 zu keinen Steuerausfällen gegenüber der Basis 2017 (108%) kommen (vgl. Beilage 3).

2. *Wie entwickeln sich das jährliche Ergebnis und die Verschuldung pro Einwohner mit der unter 1. berechneten Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und den folgenden zusätzlichen Annahmen?*

Um diese Frage ansatzweise realistisch beantworten zu können, wurden folgende Parameter zusätzlich angenommen:

- Bevölkerungswachstum: jährlich 1%
- Pro Kopf-Verschuldung Ende 2019: 1500 Franken pro Einwohner/in (im Jahr 2019 können voraussichtlich aufgrund des Budgetreferendums fast keine Investitionen mehr ausgelöst werden)
- Berücksichtigung der FILAG Massnahmen STAF für 6 Jahre sowie der sinkenden Disparitätenausgleich (Ausgleich unter den Gemeinden) ab 2023.

Die Resultate können der Beilage 4 entnommen werden.

3. *Mit welchem Steuersatz kann mit den Ergebnissen aus 1. und 2. eine im Mittel ausgeglichene Rechnung erzielt werden unter Einhaltung der folgenden Bedingungen?*

Es müsste unter den Parametern der Punkte 1 und 2 eine generelle Steuerfusserhöhung auf mindestens 115% geben (vgl. Beilage 5).

4. *Mit welchen Verschiebungen vom Kanton auf die Gemeinden rechnet der Stadtrat, falls die Rechnungsergebnisse des Kantons negativer als in der Vorlage vorgesehen ausfallen sollten?*

Aktuell sind keine bekannt. Im Moment besteht die Arbeitsgruppe für die Aufgabenteilung Kanton / Gemeinden. Die Resultate können noch nicht abgeschätzt werden. Die Frage ist eher an den Kanton zu stellen.

5. *Welche Auswirkungen hätten die unter 1. berechneten Ergebnisse auf den kantonalen Finanzausgleich?*

Die Steuerkraft pro Einwohner/in dürfte – Basis Filag 2019 – um rund 260 Franken sinken. Olten wird sich dadurch um rund 2 Mio. Franken entlasten können (vgl. Beilage 6).

6. *Gibt es bei den unter 1. bis 3. Definierten Annahmen und Randbedingungen Werte, die der Stadtrat als falsch oder unrealistisch bewertet? Falls ja, wie müssen diese verändert werden mit welchen Konsequenzen?*

Generell wird ein Wachstum von 2% als eher optimistisch angesehen. Eine zu hohe Annahme betreffend jährlicher Steigerung kann Auswirkungen auf die Steuerplanung, auf den Cashflow, auf die Investitionen sowie das Eigenkapital haben.

Bei einem negativen Szenario könnte der Steuerfuss für juristische Personen derart angepasst werden, dass eintretende Verluste ausgeglichen werden können.

- - - -

Dr. Rudolf Moor: Die Fraktion SP/Junge SP dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Ich muss aber auch sagen, dass wir kein Verständnis für die Kritik des Finanzdirektors an unserer Interpellation haben. Im Gegensatz zur Interpellation der FdP haben wir keine Suggestivfragen gestellt, und wie in der Antwort auch ausgeführt ist, sind die vorgegebenen Wachstumswerte selber eher optimistisch. Das wollten wir nämlich auch so, wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen, Stimmung zu machen. Von daher finden wir dies also wirklich völlig fehl am Platz. Eine vollständige Wertung der Antwort ist uns jetzt natürlich nicht möglich. Das war aber auch zu erwarten. Es fällt uns aber bei der ersten Durchsicht auf, dass der Text nicht überall zu den Zahlen passt. Man hat das Gefühl, es hätten es nicht die gleichen Leute gemacht oder vielleicht haben wir es auch noch nicht genau gesehen. Aber man hat das Gefühl, es passe nicht alles zusammen. Aus unserer Sicht ist die Antwort ja eigentlich auch erst ein erster Schritt. Wir erwarten nämlich, dass der Stadtrat die Auswirkungen in verschiedenen Szenarien und insbesondere auch in Varianten mit höheren Inflationsraten darlegt. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu wissen, wie es sich unter verschiedenen Annahmen auswirkt, und wir wissen, Wirtschaftsprognosen sind nicht wie Wetterprognosen. Wirtschaftsprognosen kann man eigentlich nicht machen. Man muss jederzeit verschiedenste Entwicklungen erwarten. Hier scheint es uns schon auch sehr angemessen, dass man eben auch Sensitivitäten aufzeigt, wo man sagt, wenn dies und jenes passiert, hat es diese und jene Folgen. Natürlich kann es nicht unendlich werden. Aber uns scheint schon wichtig, dass man die wesentlichen denkbaren Szenarien, zum Beispiel höhere Inflation, Rezession, welche Folgen sie haben, auch aufzeigt. Wir haben dies in dieser Interpellation bewusst nicht verlangt, weil wir ja die Finanzdirektion nicht übermässig stressen wollten, aber im Hinblick auf gute Entscheidungsgrundlagen für die Abstimmung,

die im Mai kommen wird, erachten wir dies als zwingend nötig, dass wir für unsere Stadt wissen, was es in diesen verschiedenen Szenarien genau bedeutet. Wenn man die Zahlen kurz überfliegt, stellt man immerhin fest, dass es auch mit erhöhten Steuersätzen zu erheblichen Ausfällen kommt, selbst bei einer moderaten Investitionstätigkeit, und dass die Verschuldung insgesamt und pro Person zunimmt. Die Fraktion SP/Junge SP ist, abgesehen von den Bemerkungen des Finanzdirektors, von der Antwort aufgrund der kurzen Analyse, die wir jetzt machen konnten, befriedigt.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Ich habe es am Anfang bei der Dringlichkeit schon angesprochen und möchte es jetzt wiederholen. Wir sind bei beiden Interpellationen der Meinung, es war nicht richtig, sie zu machen. Wir sind die falsche Ebene und es ist auch ein falscher Zeithorizont. Wir müssen diese Zahlen in der Öffentlichkeit diskutieren. Das ist richtig. Wir haben als Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch zwischen den Sitzungen Gelegenheit, um mit der Verwaltung oder mit der Regierung in Verbindung zu treten und Sachen in Erfahrung zu bringen. Was jetzt nötig war, dass man die Leute wirklich innerhalb von zweieinhalb Tagen in ein solches Werk hineinzwingen musste, ist am Rande des Zumutbaren. Ich finde es schade, dass die beiden Parteien es nicht anders machen konnten, als darauf hinauslaufen zu lassen. Ich habe den Unterschied der Art der Fragen natürlich auch festgestellt und bestätige, was Ruedi Moor vorhin gesagt hat. Eine Vorlage hat die Fragen auf Realität oder Sachlichkeit ausgerichtet gestellt, und die andere konnte dann nur noch Suggestivfragen stellen. Ich möchte mich natürlich wirklich insbesondere bei der Finanzdirektion sehr dafür bedanken. Das ist eine Parforce-Leistung. Wir haben vierzehn Tage lang kantonal gewartet, bis wir entscheidende Zahlen ab dem zweiten Jahr dieser Umsetzung hatten. Jetzt haben wir innert zwei Tagen tatsächlich etliche kommunale Zahlen. Es ist am richtigen Ort darauf hingewiesen, was beim Interpretieren dieser Zahlen die Unsicherheiten noch sind. Das teile ich. Diese Unsicherheit muss man wirklich beim Namen und beim Wort nehmen. Eine statistische Fortführung ist aber auch korrekt, statisch im Sinne von ohne Zu- und Wegzüge, aber eben mit diesen 2 % Erhöhung des Steuerertrags pro Kategorie. In der Vergangenheit hatten wir dies bei den juristischen Personen nicht. Dort hatten wir in den letzten Jahren eine Abnahme. Auch wenn wir den Steuerfuss gleich behalten haben, ist es zurückgegangen. Ich denke, die entscheidenden Zahlen für das Studium, das man nach dem heutigen Abend daheim in aller Ruhe machen und sich vielleicht als Fraktion sogar zwischendurch treffen kann, es geht wirklich um sehr viel in dieser kantonalen Vorlage, haben wir einerseits auf dem insgesamt sechsten Blatt. Dort sieht man etwa in der Mitte der Seite, juristische Personen 108 %. Die aktuelle Prognose mit dem jetzt halt noch nicht genehmigten Budget ist gerundet bei 17 Millionen. Das wird mit der Umsetzung dieser Steuerreform, so sie so kommen sollte, wie sie die Kantonsratsmehrheit und die Regierung im Kanton wollen, innert zwei Jahren auf 6,8 Millionen hinuntersinken. Das ist eine entscheidende Stelle, die wir hier drin haben. Man kann auch die Summe zuunterst auf dieser Seite anschauen. Dann sieht man, dass man, auch wenn ja in der Zwischenzeit angenommen wird, dass natürliche Personen ständig am Steigen sind, wird uns dies in den nächsten Jahren 2021, 2022, 2023 ein gewaltiges Loch in die Rechnung der Stadt reissen. Auf der hintersten Seite des ganzen Stapels haben einen sehr aussagekräftigen Vergleich, und zwar ist dies die Steuerkraft pro Einwohnerin und pro Einwohner. Wir operieren auch hier selten mit der Steuerkraft. Ich weiss, das tönt für viele Leute etwas abstrakt. Wir haben innerhalb der Schweiz riesige Unterschiede punkto Steuerkraft. Man kann sie auch in Tabellen nachschauen, wenn man schlicht die Bundessteuern vergleicht, weil sie bei natürlichen Personen überall auf die gleiche Art erhoben werden und bei den juristischen Personen künftig auch. Deshalb ist die Steuerkraft pro Einwohner und Einwohnerin ein sehr verlässlicher Indikator, quasi über die Finanzkraft oder das Finanzpotenzial, das wir insgesamt haben. Ihr seht, dass mit der Annahme der kantonalen Steuerreform die Steuerkraft im ganzen Kanton um etwa 260 Franken zurückgeht und dieser Abstieg oder Rückgang der Steuerkraft, den wir in Olten höher als im kantonalen Schnitt haben, eine noch drastischere Einbusse von Fr. 3'800.— auf Fr. 3'200.— und ungerade erleidet. Dieser Rückgang ist unter anderem dem Umstand geschuldet, dass wir tatsächlich immer noch einen etwas höheren Anteil an Einnahmen der juristischen Personen im Verhältnis zu den gesamten Steuereinnahmen bei uns in Olten haben. Deshalb schlägt diese Reform bei den juristischen Personen bei uns auch auf die Steuerkraft

anteilmässig noch stärker durch als im Kanton. Ich denke, das sind im ganzen Stapel die beiden Zahlen, bei denen ich einfach empfehlen würde, dass man dies in der Heimlektüre genauer anschaut.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Erstens danke ich Felix Wettstein sehr für dieses Votum. Ich kann dies eigentlich auch unterstützen. Zur dringlichen Interpellation der SP: Es ist natürlich schon so, dass man vom Stadtrat verlangt, dass er ein Szenario macht. Ihr liefert noch die Vorgaben. Ihr gebt eine hohe Steigerung an und sagt, jetzt seht Ihr, dass es viele Ausfälle gegeben hat. Ich sehe es einfach aus der Erfahrung aus dem Kantonsrat. Im letzten Jahr war unsere Prognose für 2018, dass wir eine Bruttoinvestitionsquote von 58 % haben. Heute ist herausgekommen, es ist 108 %. Es ist doppelt so hoch. Schon nur in einem Jahr hat man sich so massiv verschätzt. Jetzt kommt Ihr hier mit Szenarien, gebt übrigens auch noch die Variablen an, was man wählen soll und wollt es nachher politisch verwenden. Es ist schon recht durchsichtig, wenn man schon nur schaut, wie weit daneben man bei einem Jahr liegen kann. Was Felix gesagt hat, ist natürlich schon so, dass Olten mehr betroffen ist. Aber genau deshalb hat man auch die Flexibilität für juristische Personen geöffnet, damit man dort den Steuerfuss anheben könnte, falls es für die Stadt nicht erträglich wäre. Deshalb ist auch diese Frage bei gleichbleibendem Steuersatz, das kann man so fragen. Aber genau, um dies zu entschärfen, hat man diese Vorlage im Kantonsrat so ausgearbeitet, dass man mehr Flexibilität hat. Zur dringlichen Interpellation der FdP: Es ist natürlich auch mit Suggestivfragen recht durchsichtig, auf welche Seite man zielen möchte. Man kann jetzt diese Zahlen anschauen, und ich denke, wir werden sie auch wieder sehen. Aber es ist das falsche Gremium, um diese Interpellationen einzureichen.

Daniel Probst, FdP-Fraktion: Ich glaube, Ihr unterschätzt den Stadtrat oder auch die Finanzverwaltung ein wenig. Sie mussten nicht innerhalb von zwei Tagen etwas aus dem Ärmel zaubern. Der Stadtrat und die Finanzverwaltung beschäftigen sich schon länger mit den Auswirkungen der Steuervorlage. Sie haben auch massgeblich bei der GROL-Variante oder Groll-Variante, wie man manchmal auch gesagt hat, im Kantonsrat, mit Grenchen zusammen mitgearbeitet. Man hat sich als Einwohnergemeinde dafür eingesetzt, dass man eine Steuervorlage schafft, die verträglich ist für die Stadt Olten, verträglich für Grenchen und für andere Gemeinden. Das hat man erreicht. Sehr viele der Forderungen der Städte Olten und Grenchen wurden angenommen, zuerst einmal in der Finanzkommission und nachher auch noch im Kantonsrat. Ein wesentlicher Punkt, das hat Matthias vorhin gesagt, ist die hohe Autonomie, welche die Gemeinden jetzt bei der Festsetzung des juristischen Steuerfusses haben. Der Stadtrat sagt es auch in der Beantwortung des FdP-Vorstosses, dass er es mit den Leuten der Wirtschaft besprochen hat. Er hat gefragt, angenommen, es würden in der Stadt Olten keine dynamischen Effekte einsetzen, seid Ihr einverstanden, wenn wir dann einen Steuerfuss festlegen würden, der für die Firmen nicht bei 13 % ist, sondern höher? Dann ist man darauf gekommen, dass es im schlechtesten Fall zwischen 14 und 15 % wären, je nachdem, welches Wirtschaftswachstum man annimmt. Es ist bei 14 %, wenn man die 2 % nimmt und ist höher, wenn es tiefer ist. Dann haben die Firmenvertreter gesagt, keine Statusgesellschaft, sondern es sind KMUs, die hier tätig sind, auch eine internationale hat gesagt, das wäre für uns vertretbar. Das ist genau die gute Nachricht. Die gute Nachricht ist nämlich, dass in der Stadt Olten aufgrund der Steuervorlage keine Steuererhöhungen zu befürchten sind. Wenn es eine grosse Rezession gibt, das habe ich vorhin gehört, ja, logisch. Aber das hat nichts mit der Steuervorlage zu tun. Dann trifft dies wahrscheinlich noch mehr, und dann kann man nicht sagen, was passiert. Bei beiden Vorstössen ist es klar beantwortet, bei der SP steht nämlich bei Frage 1 auch, es würde zu keinen Ausfällen kommen, und bei der zweiten Interpellation ist auch gesagt worden, dass es mit der Wirtschaft kompensiert werden könnte, und die Wirtschaft wäre mit dem neuen Steuersatz einverstanden, sprich eigentlich eine gute Nachricht. Ich danke dem Stadtrat und auch der Finanzkommission. Sie mussten es nicht aus dem Ärmel schütteln. Sie wissen es schon länger. Es war gerade die Gelegenheit, dies auch hier einmal zeigen zu können und all die Drohszenarien, die man immer wieder hört oder lesen kann, dass sie auf die Stadt Olten, die Stadt Grenchen und andere Gemeinden nicht zutreffen, weil man bei der Festlegung des Steuerfusses für juristische Personen autonom ist.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Ich möchte auch zuerst dem Stadtrat und der Finanzverwaltung danken. Obwohl ich bei beiden sehe, dass es vor allem auch etwas Abstimmungswahlkampf ist, finde ich es auch gut, dass wir diese Zahlen einmal haben. Ich möchte nur noch kurz Daniel Probst widersprechen. Einerseits sagt der Stadtrat selber, man muss die Steuererhöhung auf 112 % machen. Also gibt es scheinbar trotzdem eine Steuererhöhung. Andererseits möchte ich nur noch auf einen Punkt hinweisen, der nicht von einem positiven Szenario ausgeht. Das ist nämlich Frage 5. «Teilt der Stadtrat die Meinung, dass mit der Umsetzung der vorliegenden AHV-Steuervorlage, zusammen mit der neuen Standortstrategie des Kantons, die Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Olten massgeblich gesteigert werden kann»? Die Antwort ist kurz und knapp. «Ob es zu einer Attraktivitätssteigerung kommen wird, ist nicht vorhersehbar». Diesen Satz gesagt, möchte ich nur kurz sagen, dass es eigentlich ziemlich klar ist, was dies für Olten und die Steuervorlage heisst. Es ist ein grosses Risiko, das man eingeht, ohne dass man sagen kann, dass es gut wird.

Dr. Christoph Fink: Ich möchte einfach mitteilen, dass solche Prognosen sehr schwierig sind, sozusagen fast wie Kaffeesatz lesen. Beispielsweise möchte ich an den freien Personenverkehr mit der EU erinnern, wo wir über die bilateralen Abkommen abgestimmt haben. Uns ist von ganz gescheiterten Wirtschaftsprofessoren eine viele kleinere Zunahme bei der Migration prognostiziert worden.

Matthias Borner: Ich habe vorhin etwas Wichtiges vergessen. Natürlich wollte ich noch Urs Tanner danken. Wir können uns ja nicht entschuldigen. Aber es ist eigentlich schon schade, dass man ihm diesen Zusatzaufwand mit diesen komischen Szenarien auferlegt hat. Er sollte jetzt eigentlich Budget machen, und ich glaube, er hat genug zu tun.

Urs Knapp: Ich verstehe mich gar nicht in den Details dieser Steuervorlage, habe aber beruflich sehr viel mit Leuten zu tun, die sich überlegen, wo sie Standorte machen. Ich habe sehr viel mit Leuten zu tun, die in diesen Unternehmen Steuervergleiche machen. Das kann man gut oder schlecht finden. Es sind sehr viele internationale Unternehmen. Diese Leute sagen mir, dass eine Holdinggesellschaft im Kanton Solothurn rund 9 % Steuern zahlt. Das ist sehr günstig. Wenn es auf 13 oder 14 % geht, ist es etwa so wie in Irland. Damit könnte man noch leben. Das könnte man in der Zentrale machen. Wenn es aber höher wird, haben wir mehr Mühe, dies irgendwie in New Jersey oder im Silicon Valley zu erklären. Meine Prognose ist, dass die eidgenössische Steuerreform durchkommen wird. Ich denke, sie wird mehr oder deutlich durchkommen. Wenn die kantonale Steuerreform abgelehnt wird, werden die Steuersätze für diejenigen Firmen, bei denen es jetzt 9 % sind, ab dem 1. Januar 2020 auf 22, 21,5 % steigen. Neuenburg hat gestern entschieden. Bei ihnen ist es ähnlich. Sie sind die Konkurrenz. Sie haben auch um 13 %, Basel ebenfalls, andere auch. Man muss sich einfach bewusst sein, und das ist eben das Schwierige an dieser Vorlage, dass wir nicht die Wahl zwischen gut und schlecht haben, sondern die Welt wird nicht mehr gleich sein. Wenn das Ja auf der eidgenössischen Ebene durchkommt, wird die Welt nicht mehr gleich sein wie jetzt. Wenn Solothurn dann nichts macht, für diese Unternehmen, das kann man machen. Man kann sagen, der Rest der Industrie ist es gewohnt. Er zahlt die 22 %. Aber es gibt relativ mächtige Unternehmen, starke Unternehmen, starke Steuerzahler, die sich dann höchstwahrscheinlich überlegen werden, was dies heisst. Das ist nicht eine Drohung. Es ist einfach ein Faktum, das ich in meinem beruflichen Alltag sehr häufig höre.

Mitteilung an
Direktionsleiter, Direktion Finanzen und Dienste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. März 2019

Prot.-Nr. 65

Dringliche Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen Olten betr. Umsetzung der AHV-Steuvorlage in der Stadt Olten/Beantwortung

Mit Mail vom 26. März 2019 hat die FDP-Fraktion folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Kantonsrat hat am 7. März 2019 an einer Sondersession die kantonale Umsetzung der AHV-Steuvorlage deutlich mit 58 zu 31 Stimmen beschlossen. Ziel der politisch ausgewogenen Vorlage ist es, den Wegzug von Unternehmen zu vermeiden, Arbeitsplätze zu sichern und Anreize für den Zuzug von neuen Unternehmen zu setzen.

Im Unterschied zur regierungsrätlichen Vorlage hat der Kantonsrat eine Lösung verabschiedet, welche den Gemeinden zusätzliche Entlastungen bietet und neu eine hohe Autonomie bei der Festlegung der juristischen Steuerfüsse ermöglicht. Die Stadt Olten hat mit der GROL-Variante erheblich dazu beigetragen, dass die Änderungen initiiert wurden und die Gemeinden die Steuvorlage garantiert ohne Sparmassnahmen und Steuererhöhungen für natürliche Personen umsetzen können.

Auch in Olten bleibt die finanzielle Ergiebigkeit der Steuereinnahmen mit der Umsetzung der Steuvorlage mindestens erhalten, ohne dass dabei die Steuern für natürliche Personen erhöht werden oder Sparpakete geschnürt werden müssen. In diesem Zusammenhang wird der Stadtrat gebeten, untenstehende Fragen zu beantworten.

Zur Dringlichkeit: Die AHV-Steuvorlage des Bundes und die Solothurner Lösung kommen am 19. Mai 2019 zur Abstimmung. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt Olten haben ein Recht auf die Gewissheit, dass die Steuern für natürliche Personen aufgrund der AHV-Steuvorlage nicht erhöht werden und keine Sparpakete drohen.

1. Welche effektiven Steuersätze (Heute: 21,4%) gelten für juristische Personen in der Stadt Olten für die Jahre 2020 bis 2030, wenn die gesamten Steuereinnahmen (NP/JP) für die Stadt Olten weiterhin jährlich mit 2 Prozent zunehmen sollen? Es sollen folgende Rahmenbedingungen berücksichtigt werden:

- a. Berücksichtigung der in der kantonalen Vorlage vorgesehenen Gegenfinanzierungen (Vermögenssteuer) und flankierenden Massnahmen (IT-Bildungsoffensive) sowie der Entlastungen (Ausfinanzierung, Sonderpädagogik) durch den Kanton.
- b. Keine Berücksichtigung von dynamischen Effekten durch Neuansiedelungen bei juristischen und natürlichen Personen (Konservatives Szenario).
- c. Der Steuerfuss beträgt für natürliche Personen konstant 112 Prozent.

2. Hat der Stadtrat bezüglich der AHV-Steuvorlage mit Vertretern von juristischen Personen bereits Gespräche geführt? Falls ja, wie beurteilen diese die Höhe der effektiven Steuersätze gemäss Antwort zur Frage 1 (Konservatives Szenario)?

3. Ist der Stadtrat der Meinung, dass die Steuervorlage in der Stadt Olten mit einem konstanten Steuerfuss für natürliche Personen von 112 Prozent umgesetzt werden kann, indem der Steuerfuss für juristische Personen so festgesetzt wird, dass die gesamten Steuereinnahmen (NP/JP) weiterhin jährlich mit 2 Prozent zunehmen?

4. Gibt es in der Stadt Olten noch Raum (Leerflächen in bestehenden Gebäuden, Verdichtungsmöglichkeit) und Bauland (Unbebaut, Gestaltungspläne für vormalige Industriebrachen) für mögliche Zuzüge von natürlichen und juristischen Personen?

5. Teilt der Stadtrat die Meinung, dass mit der Umsetzung der vorliegenden AHV-Steuervorlagen (Bund, Kanton) zusammen mit der neuen Standortstrategie 2030 des Kantons Solothurn die Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Olten massgeblich gesteigert werden kann?

6. Wieviel kann die Stadt Olten von 2020 bis 2030 auf Basis der unter Frage 1 genannten Gesamtsteuereinnahmen (NP/JP) in der Summe investieren, ohne dass eine Neuverschuldung in Kauf genommen werden muss?

7. Wieviel kann die Stadt Olten von 2020 bis 2030 auf Basis der unter Frage 1 genannten Gesamtsteuereinnahmen (NP/JP) in der Summe investieren, unter Annahme einer moderaten Verschuldung?»

- - - -

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet die Fragen im Namen des Stadtrates wie folgt:

Vorbemerkung: Die Frage 1 wird aufgrund der knappen Zeit auf der Basis der dringlichen Interpellation der SP (Beilagen 3 und 4) beantwortet. Auch hier muss darauf hingewiesen werden, dass eine Steigerung von 2% jährlich eher optimistisch ist. Ausserdem sind weiterhin nicht alle Auswirkungen der STAF-Vorlage bekannt. Zudem widersprechen sich die Interpellanten insofern, dass sie zur Frage der Dringlichkeit von keiner Steuererhöhung ausgehen, bei der Frage 3 hingegen von einem konstanten Steuerfuss für natürliche Personen von 112 Prozent sprechen.

Zu den Fragen

1. Welche effektiven Steuersätze (Heute: 21,4%) gelten für juristische Personen in der Stadt Olten für die Jahre 2020 bis 2030, wenn die gesamten Steuereinnahmen (NP/JP) für die Stadt Olten weiterhin jährlich mit 2 Prozent zunehmen sollen? Es sollen folgende Rahmenbedingungen berücksichtigt werden:

a. Berücksichtigung der in der kantonalen Vorlage vorgesehenen Gegenfinanzierungen (Vermögenssteuer) und flankierenden Massnahmen (IT-Bildungsoffensive) sowie der Entlastungen (Ausfinanzierung, Sonderpädagogik) durch den Kanton.

b. Keine Berücksichtigung von dynamischen Effekten durch Neuansiedelungen bei juristischen und natürlichen Personen (Konservatives Szenario).

c. Der Steuerfuss beträgt für natürliche Personen konstant 112 Prozent.

Von den erwähnten Gegenfinanzierungsmassnahmen können nicht alle Massnahmen quantifiziert werden (Bsp. IT-Bildungsoffensive) Der Gemeindesteuerfuss für JP müsste ab

dem Jahr 2020 auf 150% festgelegt werden, was für die Unternehmen eine effektive Steuerbelastung von rund 14% ergeben würde (vgl. Beilage A und Beilage B).

2. Hat der Stadtrat bezüglich der AHV-Steuervorlage mit Vertretern von juristischen Personen bereits Gespräche geführt? Falls ja, wie beurteilen diese die Höhe der effektiven Steuersätze gemäss Antwort zur Frage 1 (Konservatives Szenario)?

Ja, es wurde ein Gespräch mit dem IHVO geführt. Im Gespräch haben die Vertreter des IHVO erklärt, dass eine effektive Steuerbelastung von 14% für sie vertretbar sei.

3. Ist der Stadtrat der Meinung, dass die Steuervorlage in der Stadt Olten mit einem konstanten Steuerfuss für natürliche Personen von 112 Prozent umgesetzt werden kann, indem der Steuerfuss für juristische Personen so festgesetzt wird, dass die gesamten Steuereinnahmen (NP/JP) weiterhin jährlich mit 2 Prozent zunehmen?

Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Steuervorlage bei einem Steuerfuss von 112% und einer jährlichen Nettoinvestition von 14 Mio. Franken sowie einem Steuerfuss von 150% (Anhebung der Steuerfüsse ab 1.1.2020) aus kalkulatorischer Sicht grundsätzlich umgesetzt werden kann. Sparpakete sind auch dann jedoch nicht auszuschliessen.

4. Gibt es in der Stadt Olten noch Raum (Leerflächen in bestehenden Gebäuden, Verdichtungsmöglichkeit) und Bauland (Unbebaut, Gestaltungspläne für vormalige Industriebrachen) für mögliche Zuzüge von natürlichen und juristischen Personen?

Ja, wir verweisen diesbezüglich auf die Tabelle «Grundlage Kapazitätsberechnungen» aus dem Dokument «Perspektive Nutzungsentwicklung Olten 2030».

5. Teilt der Stadtrat die Meinung, dass mit der Umsetzung der vorliegenden AHV-Steuervorlagen (Bund, Kanton) zusammen mit der neuen Standortstrategie 2030 des Kantons Solothurn die Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Olten massgeblich gesteigert werden kann?

Ob es zu einer Attraktivitätssteigerung kommen wird, ist nicht vorhersehbar.

6. Wieviel kann die Stadt Olten von 2020 bis 2030 auf Basis der unter Frage 1 genannten Gesamtsteuereinnahmen (NP/JP) in der Summe investieren, ohne dass eine Neuverschuldung in Kauf genommen werden muss?

Unter Berücksichtigung eines 2-prozentigen Wachstums – und der Anhebung des Steuerfusses JP auf 150% – wird dem Stadtrat eine jährliche Investitionstranche von netto 14 Mio. Franken inkl. Spezialfinanzierungen zur Verfügung stehen.

7. Wieviel kann die Stadt Olten von 2020 bis 2030 auf Basis der unter Frage 1 genannten Gesamtsteuereinnahmen (NP/JP) in der Summe investieren, unter Annahme einer moderaten Verschuldung?

Grundsätzlich stellt sich die Frage was eine moderate Verschuldung ist. Der Stadtrat hat in seinen Grundsätzen zur finanziellen Führung als Leitplanke eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2'500 Franken festgelegt. Aufgrund der Tatsache, dass im Jahr 2019 wegen des Budgetreferendums nur noch sehr wenige Investitionen ausgelöst werden können und auch diverse Ausgaben in der Erfolgsrechnung auf der Kippe stehen, wird die Pro-Kopf-

Verschuldung per Ende 2019 voraussichtlich auf rund 1'500 Franken sinken. Somit könnten der Stadt rund 18.5 Mio. Franken (1000 Franken * 18'500 Einwohner) als zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung stehen.

- - - -

Daniel Probst: Von der FdP-Fraktion war es uns einfach wichtig, dass man dies auch noch von einem anderen Aspekt her betrachtet, dass man schaut, wie es sich auswirkt, wenn die Stadt von der Autonomie, die sie bei der Festsetzung der Steuersätze der juristischen Personen hat, Gebrauch macht. Da konnten wir feststellen, dass es eben geht, dass es von der Wirtschaft auch getragen wird, sprich, dass keine Steuererhöhungen aufgrund der Steuervorlage zu befürchten sind. Ich gebe den verschiedenen Sprechern recht. Wenn eine Rezession oder andere Sachen kommen, vielleicht eine Zuwanderung, wie Du, Christoph, gesagt hast, dann ist die Wirtschaft auch anders gelaufen, als man angenommen hat. Das kann man tatsächlich nicht voraussagen. Das ist so. Aber es hat dann eigentlich nichts mit dieser Vorlage zu tun. Man muss hier Annahmen treffen. Ich glaube, wichtig ist, dass wir wissen, wir haben die Möglichkeit, die Steuern erhöhen zu können. Wir müssen sie nicht bei 13 % haben. Wenn die dynamischen Effekte eben nicht kommen oder eine Rezession kommt, wissen wir, die Firmen, die wir hier haben, diejenigen, die nicht Statusgesellschaften sind, dort wäre es so, wie es Urs Knapp gesagt hat, würden nachher hierbleiben, auch zwischen 14 und 15 %. Aber die Statusgesellschaften, das kann ich auch betonen, es hat sie in Olten ebenfalls, wären dann ganz sicher nicht mehr hier. Ich bin von der Antwort befriedigt.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Ich möchte noch darauf hinweisen, dass eine Thematik tatsächlich auf eine sehr nüchterne oder überhaupt nicht suggestive Art angezogen wurde, die wirklich eine gute Ergänzung gibt, nämlich Frage 4 mit den Leerflächen, die wir in Olten noch haben, wo man zum Beispiel auch für gewerbliche Nutzung oder Mischnutzung Sachen ansiedeln könnte, ohne dass man auf die neue grüne Wiese hinaus oder in andere Gemeinden bauen gehen muss. Dieses Potenzial ist vorhanden. Das sehen wir mit der Tabelle auf der letzten Seite. Auch dies eine gewaltige Parforce-Leistung. Ich bin nicht sicher, ob sie ständig geführt wird und man nur noch auf den Druckerknopf drücken konnte, sondern dass man dies jetzt wirklich so ausgewiesen hat. Es ist fast unmenschlich. Aber es ist super, dass wir es jetzt wissen. Es dient auch raumplanerischen Diskussionen. Was aber am Übergang von Seite 2 auf Seite 3 auch zu sehen ist, darauf möchte ich für die Nachbereitungslektüre noch hinweisen. Wenn wir mit den bekannten Zahlen, was nicht Kaffeesatz lesen ist, sondern schlicht Berechnungsbasis, was der Kantonsrat beschlossen hat, was übrigens weit davon weg ist, was Grenchen und Olten wollte. Ich sage nachher noch kurz wieso. Wenn man ausgleichen möchte, was der Kantonsrat beschlossen hat, weil man ja jetzt nach oben offen ist, wie hoch man den Steuersatz in den Kommunen für juristische Personen ansetzen darf, das seht Ihr Seite 3 oben, müsste man auf 150 % hinaufgehen. Ich wäre relativ erstaunt, wenn dies im nächsten Jahr oder schon im Herbst dieses Jahres zu einer Mehrheit führen würde, ein Antrag, dass man für juristische Personen einen kommunalen Steuerfuss von 150 % einführen müsste, zumal, dass wenn diejenigen, die jetzt so heftig dafür weibel, vielleicht sogar an vorderster Front lieber auf 155 % gehen würden, damit wir noch eine kleine Reserve hätten. Das möchte ich einfach zuerst sehen. Das ist doch völlig unglaublich. Deshalb ist es Sand in die Augen gestreut, wenn jetzt hier der Kantonsrat scheinbar eine Grenze nach oben offenhält. Ich glaube, dieses Argument kann wirklich nicht irgendjemand ernst nehmen. Das Andere ist, dass Grenchen und Olten einen Vorschlag gemacht haben, bei dem, wenn man die Gemeinde-, Kantons-, Bundessteuer und Finanzausgleichsteuer hochrechnet, die Firmen in der Stadt Olten mit etwa 16,5 % Gewinnen auf den Steuern hätten abliefern müssen und nicht 13,1 %. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Zusammen mit den anderen beschlossenen Massnahmen bzw. mit denjenigen, die wir ursprünglich von Seiten der Kantonsregierung gewollt hätten und die verrückterweise auch noch abgelehnt wurden, nämlich, dass man auf Seite der

Dividendenbesteuerung und Vermögensbesteuerung wieder in eine etwas bessere Ebene käme. Das ist mehrheitlich beschlossen. In der Summe hätte uns dies tatsächlich erlaubt, dass wir den Rückgang von heute um 21 % herum auf etwa 16,5 % Gesamtsteuerbelastung auf den Gewinn mit den übrigen Massnahmen und mit dem, was vom Bund zusätzlich zu erwarten war, nahezu hätten egalisieren können. Das wäre tatsächlich eine vernünftige Strategie gewesen. Ich habe mich sehr gefreut, dass die Stadt mit Grenchen zusammengearbeitet, dies ausgearbeitet hat. Der einzige Makel an diesem Vorschlag war, dass man es allein kommunal begründet hat. Die gleiche Überlegung ist natürlich für den Kanton genauso wichtig. Es nützt nichts, wenn wir uns quasi als Kommune schadlos halten, und der Kanton übernimmt nachher einfach die ganze Differenz. Es ist immer der gleiche Steuerzahler, die gleiche Steuerzahlerin.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: Die Zeit hat nicht gereicht, um dies alles anzuschauen. Das ist klar. Aber ein paar Sachen sind mir und den Kollegen doch aufgefallen, als wir es durchgeschaut haben, und ich möchte vor allem auch noch einmal auf die 150 %, die Felix schon angesprochen hat, zurückkommen. Hier sehen wir einfach auch Widersprüche. Auf der einen Seite macht man eine gemeindeegoistische Sicht, bei der man sagt, wir müssen für uns schauen, damit bei uns die Firmen nicht davonlaufen. Auf der anderen Seite wird jetzt von den gleichen Leuten postuliert, dass man in Olten, weil man ja heute einen höheren Anteil an juristischen Personen hat, der Steuersatz auf 150 % erhöht, was natürlich zum Nachteil der Stadt Olten gegenüber Gemeinden, die heute weniger juristische Personen haben, ist. Das ist für mich eine Inkonsequenz erster Ordnung. Ich muss aber sagen, dass ich selber gar nicht so ein Fan von Gemeindeegoismus bin, sondern ich habe durchaus ein Flair für Solidarität unter den Gemeinden. Das macht es aber auch nicht besser. Jedenfalls freue ich mich auf die Budgetberatung im Herbst 2019 für das Budget 2020. FdP und SVP werden für die juristischen Personen 150 % vorschlagen, und ich nehme auch zur Kenntnis, dass offenbar dann kein Referendum dagegen ergriffen wird.

Daniel Probst: Ich muss zu diesen 150 % einfach auch noch etwas sagen. Ich bin garantiert für 150 %, wenn es dies braucht. Warum? Heute zahlen die Firmen in Olten 21,4 % Gewinnsteuer, nein, sogar noch etwas mehr. In Zukunft, wenn man 150 % an Steuerfuss hat, zahlen sie 14 %. Sie zahlen weniger. Wenn ich mit den Unternehmern rede, was jetzt ist, und frage, wenn Du heute 21 % und dann 14 % hast, bist Du damit zufrieden? Dann ist er zufrieden. Auf 150 % müssen wir nur erhöhen, weil der Kanton seinen Anteil senkt. Er geht von 8,5 auf 3 %. Damit wir eben auf gleichviel oder auf höhere kommen, müssen wir diesen Anteil auch erhöhen, weil es eine kleinere Basis ist. Aber am Ende ist es weniger, was er zahlt. Das heisst, die Statusgesellschaften, wie Urs gesagt hat, zahlen mehr, und die anderen zahlen weniger, damit alle nachher gleich hoch sind, alle die gleich hohen Steuern haben. Darum geht es, und deshalb darf man für 150 % sein. Das ist überhaupt kein Problem. Für ein Unternehmen spielt es auch keine Rolle, ob es dies dem Bund zahlt, dem Kanton zahlt oder der Gemeinde. Am Schluss ist einfach die Zahl relevant, die dort steht. Die Zahl ist relevant. Vielleicht wisst Ihr selber auch nicht, wie viel Ihr Bund, Kanton und Gemeinde zahlt, wenn Ihr die Steuern zahlt. Am Schluss ist diese Zahl relevant, und sie ist für normale KMUs tiefer, und für die international tätigen Unternehmen ist er höher. Deshalb sind 150 % hier kein Problem. Zur GROL-Variante, die Felix erwähnt hat: Bei den 16,5 % plus wäre es eben zu viel gewesen. Wenn ich dort mit den Firmen rede, geht es nicht nur um den Steuersatz. Das ist das Solothurner Paket, das wirklich speziell ist, und man findet es schweizweit nicht, wie die Wirtschaft im Vergleich zur Wirtschaftskraft noch flankierende Massnahmen im Umfang von 30 Millionen zahlt, allein beim Kanton. Dann kommt noch dazu, was beim Bund ist. Weil dies eben auch noch dazu kommt, haben die Firmen diese Rechnung auch gemacht. Wenn man dies bei 16,5 % gemacht hätte, hätten am Schluss alle Firmen mehr bezahlt. Dann hätten wir auf dieser Seite ein Problem gehabt. Das wäre nicht gegangen, und das haben am Schluss auch Olten und Grenchen eingesehen. Beide Stadtpräsidenten haben ja gesagt, dass sie mit diesen Vorschlägen leben können. Sie haben nachher auch mit den Firmen geredet. Beide Stadtpräsidenten haben dies gesagt. Von daher kann ich, was Felix vorhin gesagt hat, nicht befürworten. Das ist so nicht richtig. Noch

einmal: Die 150 % sind kein Problem, weil es eine tiefere Basis ist, und es schlussendlich 14 % sind. Das steht in der Antwort auch genauso.

Felix Wettstein: Daniel Probst, Du kommst zum wiederholten Mal mit den Statusgesellschaften und den internationalen Gesellschaften. Ich denke, wir müssen in diesem Moment halt doch wirklich einmal von den Zahlen reden. 4 % der juristischen Personen im Kanton Solothurn sind Statusgesellschaften, die aktuell etwa 5 % der Erträge der juristischen Personen ergeben. In der Stadt Olten haben wir vor etwa fünf Jahren diese Zahl erhalten, weil ich danach gefragt habe. Wir hatten damals in der Stadt Olten tatsächlich etwa 44 Statusgesellschaften, die kumuliert Fr. 360'000.— Steuern abgeliefert haben. Das gibt etwa Fr. 8'500.— pro Statusgesellschaft. Meine Frau und ich geben doppelt so viel ab. Einfach, damit man die Relationen sieht. 96 % der Firmen im Kanton Solothurn sind normal besteuert, und ihnen geht man beim Basissteuersatz, wenn sie wenig verdient haben, von 5 auf 3 % zurück, und wenn sie viel Gewinn machen, von 8,5 auf 3 %. Bis jetzt mussten sie dem Kanton 8,5 % des Gewinns abliefern, nachher werden sie noch 3 % abliefern müssen, und die Gemeinden, wenn sie einen Steuersatz von 100 % hätten, genau die gleichen 8,5 % und nachher noch 3 %. Das sind die Relationen, von denen wir reden, liebe Leute.

Dieter Ulrich: Ich möchte den Fokus einmal etwas anders legen. Wir sind als eine der beiden Fraktionen, die eine Interpellation eingereicht haben, gescholten worden, dass es unnötig gewesen sei und wir der Stadtverwaltung, der Finanzabteilung, eine so unmenschliche Arbeit aufgebürdet haben. Ich möchte grundsätzlich sagen, dass wir das Recht haben, diese Fragen zu stellen, so wie die FdP auch. Man kann dies unterschiedlich bewerten, wie diese Fragen zu deuten sind, ob mehr suggestiv oder weniger. Wir haben uns auch überlegt, ob es richtig ist, dies dringlich einzureichen. Aber wir haben einfach gesagt, wenn wir es jetzt nicht tun, haben wir die Antworten vor der Abstimmung nicht. Ich finde, es ist legitim, diese Antworten auf den Tisch zu bekommen. Jetzt lese ich vielleicht ein wenig im Kaffeersatz. Aber wieso ist auch bei uns das Bedürfnis aufgekommen, neben irgendwelchen wahltaktischen Motiven diese Zahlen auf dem Tisch zu haben? Es ist immer noch die Ungewissheit, wo steht Olten, und wo steht eigentlich der Stadtrat in dieser Frage? Da wissen wir halt auch jetzt wahrscheinlich nicht wahnsinnig viel mehr. Möglicherweise liegt es in der Natur der Sache, dass sie sich nicht einig werden. Das kann gut möglich sein. Aber hier auch irgendwie ein Signal zu erhalten, wie der Stadtrat die Lage einschätzt, wäre durchaus angebracht. Ich danke auch an dieser Stelle der Finanzverwaltung, dass sie diese Zahlen so gut aufbereitet hat. Ich gehe aber einmal davon aus, dass sie nicht bei null angefangen haben. Dieses Geschäft ist schon lange aktuell, und ich nehme an, sie haben es begleitet und ihre eigenen Überlegungen dazu auch schon angestellt. Wenn es nicht so wäre, wäre es wahrscheinlich eine unmenschliche Arbeit gewesen. Aber ich gehe jetzt nicht davon aus, dass dies so war. Ein solches Geschäft wurde begleitet. Es muss auch begleitet werden. Der Stadtrat muss sich selber doch auch ein Bild dazu machen. Wenn wir uns ein Bild dazu machen wollen, ist dies absolut legitim.

Dr. Rudolf Moor: Einen Teil meiner Ausführungen hat mir Dieter jetzt vorweggenommen. Merci. Die Sache mit dem Stadtrat. Aber den zweiten Teil möchte ich gleichwohl noch erwähnen. Vielleicht ist das letzte Votum heute. Ich möchte dem Stadtrat einfach beantragen, dass er den Protokollauszug, in dem steht, dass 150 % für juristische Personen kein Problem sind, in der Budgetdebatte im A0-Format hier aufhängt.

Daniel Probst: Ich hoffe auch, dass ich das letzte Mal rede. Noch kurz zu Felix wegen der Statusgesellschaften. Das ist richtig. Das habe ich ja gesagt. Olten hat nicht so viele Statusgesellschaften, Grenchen auch nicht. Felix hat dort in verdankenswerter Weise einmal eine solche Anfrage gestellt. Aber wir sind ja nicht nur Olten. Wenn man beim Kanton nur die Arbeitsplätze nimmt, sind es 5'000 Arbeitsplätze. Davon reden wir. Dann sind es 35 bis 45 Millionen Franken Steuern, die sie zahlen, nur die juristischen Personen. Wenn man die Leute, die dort arbeiten, auch dazu rechnet, ist es noch einmal so viel. Es sind nachher zwischen 70 und 90 Millionen Franken und 5'000 Arbeitsplätze. Wenn es nichts ist, für mich ist es etwas. Aber das muss halt jeder selber beurteilen.

Mitteilung an
Direktionsleiter, Direktion Finanzen und Dienste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Verteilt am

Parlamentspräsidentin Marlène Wälichli Schaffner: Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.